



**WBGU**

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG  
GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN

# ***materialien***

**Thomas Heberer, Anja D. Senz:  
Regionalexpertise – Destabilisierungs-  
und Konfliktpotenzial prognostizierter  
Umweltveränderungen in China bis  
2020/2050**

**Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten  
"Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel"**

**Berlin 2007**

Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten

"Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel"

Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag © 2008

ISBN: 978-3-540-73247-1

Verfügbar als Volltext im Internet unter [http://www.wbgu.de/wbgu\\_jg2007.html](http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html)

Autoren: Thomas Heberer, Anja D. Senz

Titel: Regionalexpertise – Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter  
Umweltveränderungen in China bis 2020/2050

Duisburg, Berlin 2006

Veröffentlicht als Volltext im Internet unter [http://www.wbgu.de/wbgu\\_jg2007\\_ex06.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex06.pdf)

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen  
Geschäftsstelle  
Reichpietschufer 60–62, 8. OG.  
10785 Berlin

Telefon (030) 263948 0  
Fax (030) 263948 50  
E-Mail [wbgu@wbgu.de](mailto:wbgu@wbgu.de)  
Internet <http://www.wbgu.de>

Alle WBGU-Gutachten können von der Internetwebsite <http://www.wbgu.de> in deutscher und englischer Sprache herunter geladen werden.

# Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in China bis 2020/2050

Thomas Heberer / Anja D. Senz

## 1. Einleitung und Vorgehensweise / Zusammenfassung

Wir stellen nachfolgend eine kurze Bestandsaufnahme der aktuellen Umweltprobleme an den Beginn unserer Ausführungen, um bereits heute bestehende Konfliktpotenziale und die damit verbundene politische Brisanz zu verdeutlichen. Diese Informationen basieren auf einer Vielzahl uns zugänglicher Quellen. Wir stellen diese Darstellung auch deshalb an den Anfang, weil die Situation Chinas uns nach den uns zur Verfügung gestellten Materialien über Umweltveränderungen nur unzureichend dokumentiert erscheint und auf dieser Basis eine Auswertung hinsichtlich etwaiger Konfliktwahrscheinlichkeiten schwierig ist. Die Analyse ist auch problematisch, weil die uns zur Verfügung gestellten Materialien an entscheidenden Punkten über ökologische Folgen bzw. die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Umweltveränderungen undeutlich bleiben.

In unseren Ausführungen arbeiten wir Kriterien heraus, um zwischen Umweltproblemen, die u.E. als tatsächliche Sicherheitsprobleme einzuschätzen sind bzw. vom Niveau her als eine „gesellschaftliche Herausforderung“ kategorisiert werden können, zu unterscheiden. Im Anschluss gehen wir anhand ausgewählter Themen auf die Faktoren Vulnerabilität sowie Problemlösungskapazitäten ein. Den Abschluss bilden eine zusammenfassende Einschätzung der Wirkungszusammenhänge umweltinduzierter Konfliktwahrscheinlichkeiten, regionaler Krisenherde sowie eine Ableitung von Empfehlungen für politische Entscheidungsträger.

Insgesamt fokussieren unsere Ausführungen auf Basis einer Analyse der bereits heute bestehenden Umweltprobleme auf den Zeitraum bis 2020. Angesichts der chinesischen Transformationsproblematik und ihren Unwägbarkeiten sowie der Vielzahl der damit verbundenen Herausforderungen sollten Prognosen äußerst vorsichtig gemacht werden. Plausible Aussagen über einen Zeitraum bis 2020/2050 können vor diesem Hintergrund letztlich kaum getroffen werden. Wir unterscheiden daher Umweltprobleme, die sich bereits heute in Ansätzen als bedeutend erkennen lassen und sich bis 2020 vermutlich weiter verschärfen werden sowie langfristige Probleme (Klimawandel und Bevölkerungsentwicklung), die die Situation weiter komplizieren und verschlechtern könnten (siehe auch Schaubild 1).

Als Hauptumweltprobleme in China betrachten wir den rapiden Verlust an Ackerland und Bodenqualität, die Luftverschmutzung sowie die Wasserfrage (Verschmutzung, Knappheit). All diese Faktoren werden sich negativ auf die Daseinsvorsorge (Einkommenssicherung und Befriedigung von Grundbedürfnissen) auswirken, große Ansprüche an die sozio-politischen Lösungskapazitäten stellen und die bereits bestehende Binnenmigration potenziell verschärfen. Langfristig können auch Unwetter und Dürreperioden als Resultat des Klimawandels diese Wanderbewegung begünstigen/verstärken. Insgesamt betrachten wir die gegenwärtigen Steuerungs- und Lernkapazitäten des chinesischen Systems vorsichtig optimistisch, zentrale Schwachpunkte sehen wir in den extremen und konfliktträchtigen Stadt-Land-Disparitäten, der Abhängigkeit von einem hohen Wirtschaftswachstum mit dadurch gleichzeitig kaum aufzuhaltender Umweltzerstörung sowie der mangelhaften medizinischen Versorgung von weiten Teilen der Bevölkerung. In der Zukunft wird hinsichtlich eines Ausbruchs von Binnenkonflikten viel davon abhängen, ob das derzeitig austarierte Verhältnis zwischen

ökonomischer Leistungsfähigkeit, staatlicher Steuerungsfähigkeit und deren gesellschaftlicher Akzeptanz sowie der derzeitigen „Leidensbereitschaft“ von Teilen der Bevölkerung fortbestehen wird. Im internationalen Kontext bemüht sich China in den letzten Jahren verstärkt um Kooperation und regionale Integration, weil ein friedliches Umfeld für die eigene Entwicklung als wichtig erachtet wird. Ein Bewusstsein für die regionale bzw. globale Verantwortung für Umweltfragen ist jedoch nicht stark ausgeprägt, ein Faktor, der sich in Kombination mit der Durchsetzung nationaler Interessen im Bezug auf die Nachbarstaaten langfristig konfliktverschärfend auswirken könnte.

## **1.1 China – Werkbank und Müllhalde der Welt? Aktuelle ökologische Probleme und Trends**

Die gegenwärtig starke Fokussierung auf den ökonomischen Erfolg hat für China schwere ökologische Folgen. Das Land kämpft heute in allen Bereichen mit sichtbaren Umweltproblemen, die ihm das Image eingetragen haben, eines der verschmutztesten Länder der Welt zu sein; so liegt gegenwärtig z.B. die Mehrheit der 20 weltweit am stärksten verschmutzten Städte in China.<sup>1</sup> Berechnungen zufolge liegen die Kosten für diese Umweltzerstörung bei etwa 8% bis 13% des BIP (dies entspricht damit in etwa dem jährlichen Wirtschaftswachstum), während nur ca. 1% des BIP für den Umweltschutz aufgewendet werden.<sup>2</sup> Die chinesische Umweltbehörde hat 2006 erstmals eine Schätzung vorgelegt, derzufolge die Gesamtkosten der Umweltverschmutzung (170 Mrd. Euro) etwa so hoch sind wie das jährliche Wirtschaftswachstum in China.<sup>3</sup>

Nach Auskunft des Ministeriums für Zivilverwaltung werden jährlich zwischen 200 und 400 Mio. Menschen Opfer von Naturkatastrophen – Erdbeben, Überflutungen, Tropenstürmen, Dürren oder Erdbeben – und von diesen Betroffenen sind durchschnittlich ca. 70 Mio. Menschen auf staatliche Hilfen angewiesen. Derartige Naturereignisse verursachen jährlich Kosten in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro. Während einerseits viele Landbewohner von der rasanten Wirtschaftsentwicklung profitieren, fallen andererseits nach Angaben des Amtes für Armutsminderung und Entwicklung ca. 10 Mio. Bauern aufgrund von Umweltdegradation jährlich wieder unter die Armutsgrenze zurück.<sup>4</sup> Nach Schätzungen der Weltbank sterben jährlich über 300.000 Menschen in China an der Folgen der massiven Umweltverschmutzung.<sup>5</sup>

Die Umweltverschmutzung betrifft alle denkbaren Bereiche. So ist die Luftverschmutzung in Chinas Städten extrem, betrifft in zunehmendem Maße die Nachbarstaaten und erreicht inzwischen auch die USA.<sup>6</sup> Laut WHO übersteigen die meisten Städte die Richtwerte um das Zwei- bis Sechsfache. Neben der Kohle als Hauptenergieträger ist die starke Zunahme der Kraftfahrzeuge für diese Situation verantwortlich und der Run aufs eigene Auto hat in China gerade erst eingesetzt. Bislang besitzen erst wenige Familien ein eigenes Kraftfahrzeug. Prognosen zufolge wird die Zahl der Verkäufe in den nächsten 5 Jahren um 15-20% pro Jahr wachsen. Es sind nicht nur die Staus in den chinesischen Großstädten und gesundheitliche Probleme, wie die rasche Zunahme von Lungen- und Atemwegserkrankungen in den letzten 10 Jahren, die auf die Negativfaktoren dieser Entwicklung hinweisen, sondern vor allem auch die negativen Umweltdaten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Klein, 2004, S.21.

<sup>2</sup> Vgl. Dupont, 2001, S.52f. sowie Shanghai Daily, 06.06.2006 ([www.chinadaily.com.cn/China/2006-06/06/content\\_609350.htm](http://www.chinadaily.com.cn/China/2006-06/06/content_609350.htm)) (Zugriff: 12.06.2006), Die ZEIT, 43/2005, S.31f.

<sup>3</sup> Vgl. den Bericht des Staatsrats über den Umweltschutz (1996-2005), in: Renmin Ribao, 06.06.06.

<sup>4</sup> Vgl. Asia News 05.07.2006 ([www.asianews.it/view.php?l=en&art=6613](http://www.asianews.it/view.php?l=en&art=6613)) (Zugriff: 20.07.2006).

<sup>5</sup> Vgl. Bremner 2006.

<sup>6</sup> Vgl. Asia News 31.07.2006 ([www.asianews.it/view.php?l=en&art=6843](http://www.asianews.it/view.php?l=en&art=6843)) (Zugriff: 01.08.2006).

Hinsichtlich der Kraftfahrzeugemissionsstandards hinkt China mehr als 10 Jahre hinter den Industrieländern hinterher. Chinesischen Standards zufolge dürfen Fahrzeuge in China doppelt so viel Kohlenmonoxyd und dreimal so viel Kohlenwasserstoff- und Stickstoffoxyd ausstoßen wie in Europa. Daher hat die urbane Luftverschmutzung, die sich Ende der 1990er Jahre leicht abgeschwächt hatte, wieder deutlich zugenommen. Der Smog durch Autoabgase ist mittlerweile an die Stelle des Industriesmogs getreten.

Die politische Führung hat durchaus erkannt, dass Kraftfahrzeuge zu den Kernverursachern von Umweltverschmutzung in China zählen. Hatte der 10. Fünfjahresplan (2001-2005) Chinas Familien noch zum Kauf von Kraftfahrzeugen ermutigt und zu einem drastischen Anstieg städtischer Fahrzeuge geführt, so sind inzwischen die negativen Folgen (ganztägige Staus, Ausstoß von Schadstoffen, Lärmpegel<sup>7</sup> u.a.) erkannt worden. Gleichwohl stieg die Automobilproduktion auch im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 27,8%, die Herstellung von Personenkraftwagen sogar um 53,2% und der Verkauf der Letzteren um 46,9%.<sup>8</sup>

China hat durch den Ausstoß von Kohlendioxyd und Methangas (Nassreisenanbau) sowie Stickoxyden (Pestizid- und Düngemittleinsatz) einen erheblichen Anteil am globalen Klimawandel. Es ist weltweit der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Im Bereich der Schwefeldioxydemission liegt China sogar auf Platz eins und eine Reduktion um 40% wäre nötig, um tolerable Werte zu erreichen.<sup>9</sup> Staatliche Programme zur Reduzierung der Emissionen kollidieren jedoch mit dem steigenden Energiebedarf, aufgrund dessen z.B. auch veraltete Kohlekraftwerke weiterhin in Betrieb sind. Eine Folge der starken Luftbelastung ist der saure Regen, von dem 30% der Landfläche hauptsächlich im Süden betroffen sind. Durch China verläuft damit einer der drei größten Gürtel sauren Regens in der Welt. Der *China Human Development Report* kam bereits 2002 zu dem Schluss, dass die fortgesetzte großflächige Umweltzerstörung die erreichten positiven ökonomischen Entwicklungen in Frage stellen könnte.<sup>10</sup>

Neben der Luftbelastung zählen die Verschmutzung der Gewässer, die Desertifikation, Überdüngung, Minderung der Bodenqualität und Erosion sowie die Müllentsorgung (auch nukleare Abfälle) und der Verlust an Artenvielfalt zu den drängenden Umweltproblemen.

Etwa 60% der chinesischen Flüsse weist eine so schlechte Wasserqualität auf, dass Menschen den Wasserkontakt meiden sollten. In vielen Städten des Landes ist die Trinkwasserqualität durch toxische Bestandteile gesundheitlich bedenklich und dreiviertel der Seen sind durch den extrem hohen Verbrauch von Dünger und Pestiziden in der chinesischen Landwirtschaft verseucht. Etwa 30% der Industrieabwässer und 60% städtischen Abwässer werden ungeklärt in die Flüsse abgeleitet.<sup>11</sup> Zu der Verschmutzung der Flüsse durch Abwässer und der drastischen Reduzierung der Fischbestände kommen sinkende Wasserstände und Grundwasserpegel; zahlreiche Flüsse im Norden des Landes sind vom Austrocknen bedroht. Am deutlichsten zeigt sich dies am Gelben Fluss, einem Gebiet, das auf Grund jahrhundertelanger landwirtschaftlicher Nutzung eine der weltweit stärksten Bodenerosionen aufweist. Bereits 1972 erreichte der Gelbe Fluss erstmals nicht mehr das Meer, seitdem

---

<sup>7</sup> Die akustische Belastung in den städtischen Gebieten hat seit Ende der 1990er Jahre zugenommen, laut Messungen liegen die höchsten Lärmpegel zur Zeit bei 80,7dB und damit deutlich über dem nationalen Standard von 70 dB. Vgl. Lo/Chung, 2003, S.728.

<sup>8</sup> Renmin Ribao Online Version, 13.07.2006, [http://english.people.com.cn//200607/13/eng20060713\\_282655.html](http://english.people.com.cn//200607/13/eng20060713_282655.html) (Zugriff: 01.08.2006).

<sup>9</sup> Lo/Chung, 2003, S.726f.

<sup>10</sup> Vgl. ([http://hdr.undp.org/docs/reports/national/CPR\\_CHINA/China\\_2002.pdf](http://hdr.undp.org/docs/reports/national/CPR_CHINA/China_2002.pdf)), (Zugriff: 20.04.2004).

<sup>11</sup> Bestehende Kläranlagen werden häufig nicht in Betrieb genommen, um Kosten zu sparen und Strafgeldern hingegenommen, weil diese im Verhältnis preiswerter sind. Vgl. Wen 2006, 45ff.

trocknete der Unterlauf 21 Mal aus<sup>12</sup> und dies führte zu Konflikten zwischen den landwirtschaftlich orientierten Provinzen am Oberlauf und den industrialisierten Küstenprovinzen. Am 1. August 2006 trat daher ein neues Gesetz zur „nachhaltigen Wasserwirtschaft am Gelben Fluss“ in Kraft, ein Wassernutzungsplan soll nun die Wassermenge des Flusses regeln; steigende Wasserentnahmen bzw. ein Rückgang der Wassermenge werden aber auch weiterhin das Wassermanagement am Gelben Fluss schwierig gestalten.<sup>13</sup> Die Umleitung von Wasserressourcen aus den südlichen Regionen in den Norden ist in Planung und kann als ein Adaptationsweg der Regierung angesehen werden, allerdings kommt es inzwischen auch in den südlichen Provinzen in den letzten Jahren zu Wasserverknappung; außerdem ist das Wasser häufig so stark verschmutzt, dass es nicht mehr genutzt werden kann. Durch den massiven Rückgriff auf das Grundwasser sinkt dessen Spiegel in manchen nördlichen Regionen um 1 Meter jährlich, auch ist das Grundwasser teilweise kontaminiert. Staatliche Maßnahmen sind z.B., was die Einschränkung des Wasserverbrauchs betrifft, erst in der Implementierungsphase bzw. scheitern häufig an der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der Umweltbehörden.<sup>14</sup> Immerhin deutet sich aber der Beginn eines Umdenkungsprozesses und ein Problembewusstsein an. Der 11. Fünfjahrplan (2006-2010) sieht vor, dass der Staat ca. 4 Mrd. Euro einsetzen will, um 100 Mio. Menschen an das Trinkwassernetz anzuschließen.<sup>15</sup> Der stellvertretende Umweltminister Pan Yue erklärte insg. 300 Mio. Menschen in China hätten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Nicht nur die schlechte Wasserqualität und der Wassermangel stellen ein Problem dar. Berechnungen der Weltbank zufolge würde ein durch den globalen Klimawandel induzierter Anstieg der Meeresspiegel insbesondere die prosperierenden Küstengebiete Chinas treffen – 90 Mio. Menschen wären möglicherweise von dann notwendigen Umsiedlungen betroffen, starke Auswirkungen auf die wirtschaftliche Dynamik wären denkbar. Die globale Erwärmung kann außerdem zu einer Reduzierung der Niederschläge im Norden und zu steigenden Niederschlägen im Süden führen, Dürrekatastrophen in den nördlichen und Flutkatastrophen in den südlichen Landesteilen sind die denkbaren Folgen. So war Nordchina zu Beginn des Jahres 2006 von einer schweren Dürre betroffen, der Trinkwassermangel traf 9,4 Mio. Menschen und 12,1 Mio. Hektar Farmland sowie 8,7 Mio. Nutztiere. Der Klimawandel kann durch eine Temperaturerhöhung in den nächsten Jahrzehnten außerdem zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge von bis zu 30% bei Reis, Weizen und Mais führen und damit Chinas Versorgung mit Grundnahrungsmitteln stark beeinträchtigen.<sup>16</sup>

Durch Industrialisierung und Urbanisierung sowie durch Bodenerosion, Verschmutzung, Versalzung und Desertifikation verliert China in raschem Tempo Acker- und Weideland. Auch das Ackerbodenausgleichsgesetz, das vorsieht an anderer Stelle in gleichem Umfang Ausgleichsflächen zu schaffen, verhindert nicht, dass weniger ertragreiches Land zur Ausgleichsfläche wird, während fruchtbare Flächen bebaut werden. Verbleibendes Ackerland in einer Größenordnung von 10% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ist neuen Untersuchungen der Nanjing Agriculture University zufolge in hohem Maße mit schwerabbaubaren Schadstoffen verseucht, die inzwischen auch in die Nahrungskette gelangen.<sup>17</sup>

Ein weiteres Problem ist die Müllentsorgung; Haus-, Industrie- und Sondermüll lagert vielfach auf unsicheren Mülldeponien. China ist darüber hinaus Zielland für Müllimporte,

---

<sup>12</sup> Vgl. Ma Jun 2004.

<sup>13</sup> Vgl. Xinhua vom 24.06.2006, nach China Radio International (<http://de.chinabroadcast.cn/221/2006/08/02/1@54233.htm>) (Zugriff: 03.08.2006).

<sup>14</sup> Vgl. Renmin Ribao, 16.06.2005, S.2.

<sup>15</sup> Vgl. Renmin Ribao 06.06.2006.

<sup>16</sup> Vgl. Department for Environment, Food and Rural Affairs (ed.), 2003 sowie China Meteorological Administration ([www.cma.gov.cn](http://www.cma.gov.cn)).

<sup>17</sup> Wen, 2006, S.45ff.

insbesondere Kunststoffabfälle und Elektronikschrott, aber der Recyclingsektor ist noch weitgehend unregelt und es fehlt an Know-how für die fachgerechte Wiederverwertung.<sup>18</sup>

Chemieanlagen befinden sich oft in direkter Nähe z.B. zu den Wasserreservoirien stark besiedelter Gebiete und stellen so eine direkte Bedrohung der Wasserversorgung großer Regionen dar. Häufige Unfälle in Industrieanlagen tragen außerdem zur Verschmutzung der Umwelt bei. Allein im Jahr 2004 wurden nach Polizeiangaben 5,61 Mio. Umwelt- bzw. Industrieunfälle gemeldet, bei denen 210.000 Menschen starben und 1,75 Mio. verletzt wurden. Die Schadenssumme belief sich auf 45 Mrd. Euro.<sup>19</sup>

China beheimatet die größte Artenvielfalt auf der nördlichen Erdhalbkugel, wobei allein die Hälfte dieser Flora und Fauna in der südwestlichen Provinz Yunnan zu finden ist. Viele dieser Arten sind durch die Vernichtung ihrer Lebensräume und Wilderei vom Aussterben bedroht und ein Umdenkungsprozess setzt erst langsam ein.<sup>20</sup>

## 1.2 Staatliche Maßnahmen

Bereits 1972, also noch vor Einsetzen der Reform- und Öffnungspolitik, traten in China erste ökologische Probleme auf, die das Bewusstsein der politischen Führung für das Thema sensibilisierten.<sup>21</sup> In den darauffolgenden Jahren hat China staatliche Institutionen für den Umweltschutz eingerichtet, Umweltziele in die Fünfjahrespläne integriert, den Umweltschutz in der Verfassung (1978/1982) verankert, Umweltschutzgesetze erlassen und internationale Maßstäbe zur Umweltmessung eingeführt.<sup>22</sup> China beteiligt sich auch zunehmend an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Datenerhebung. Die systematische, wissenschaftliche Beobachtung der Umwelt ist jedoch noch nicht ausgereift und daher liegen oftmals nur wenige aussagekräftige Daten vor. Auch basieren viele Angaben auf Schätzungen.

Seit 1998 gibt es eine zentrale Behörde für Umweltschutz direkt unter dem Staatsrat (*State Environmental Protection Administration*, SEPA), die 2006 landesweit rund 500.000 Mitarbeiter in mehreren tausend lokalen Umweltschutzbüros zählte. Verglichen mit anderen sog. Entwicklungsländern hat China den Umweltschutz relativ früh in seine Politik zu integrieren begonnen und verfügt über ausgeprägte Umweltschutzinstitutionen.

Nach der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992 hatte China als einer der ersten Staaten eine Agenda 21 ausgearbeitet. Das Umweltrecht wurde massiv ausgebaut, auch wenn es auf Grund ordnungsrechtlicher und institutioneller Mängel noch nicht wirklich greift.<sup>23</sup> Die Umweltbehörde hat in den letzten Jahren Hunderte von Umweltstandards erlassen. China hat alle wesentlichen internationalen Umweltabkommen ratifiziert (Montreal Protocol, UN Framework Convention on Climate Change, UN Convention on Biological Diversity, UN Convention to Combat Desertification). Außerdem wurden auch Zertifizierungsverfahren für Unternehmen nach internationalem Umweltmanagementstandard ISO 14000 eingeführt sowie Emissionsgebühren und -zertifikate.<sup>24</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. Arbeitspapier der Wirtschaftskammer Österreichs: Umwelttechnologie in der VR China. Mai 2004; (<http://portal.wko.at>), (Zugriff: 20.05.2005).

<sup>19</sup> Vgl. Xinhua vom 24.06.2006, nach China Radio International (<http://de.chinabroadcast.cn/221/2006/08/02/1@54233.htm>) (Zugriff: 03.08.2006).

<sup>20</sup> Vgl. z.B. Renmin Ribao, 16.05.2006 und Klein, 2004.

<sup>21</sup> Vgl. Jun, Jing, 2000, S.143ff.

<sup>22</sup> Vgl. ausführlich: Bechert, 1995, S.22ff. und de Graaf 2005.

<sup>23</sup> Vgl. de Graaf 2005.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Sternfeld/Waldersee 2005, S. 63/64.

Die chinesische Regierung hat dem Umweltschutz besonders in den letzten Jahren eine stärkere Bedeutung eingeräumt, als schwere Umweltschäden immer deutlicher zutage traten. Ökologie und Umweltschutz zählen mittlerweile zu den Schwerpunkten in Wissenschaft und Forschung. Dies verdeutlicht u.a. der von der Akademie der Wissenschaften jährlich herausgegebene „Bericht über die nachhaltige Entwicklung Chinas“.<sup>25</sup>

Der 10. Fünfjahresplan sah vor, die gesamten Umweltbelastungen (gemessen an dem Niveau von 2000) um 10% zu reduzieren und Pekings Wahl zum Austragungsort für die Olympischen Spiele 2008 hat zumindest in der Planung zu Investitionen im Kampf gegen die Umweltverschmutzung in Peking geführt. Allerdings wurden die Umweltziele des 10. Fünfjahrplans nicht erreicht. Statt einer 10%igen Reduzierung des Schwefeldioxid-Ausstoßes wurde lediglich eine 2%ige Reduzierung erreicht. Dass der chinesische Ministerpräsident dies auf einer nationalen Umweltkonferenz offen zugab, kritisierte, einen Politikwechsel forderte, mehr Mittel für den Umweltschutz und die Einführung von Kontroll- und Verantwortlichkeitssystemen ankündigte sowie eine zeitgleiche Entwicklung von Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung forderte, zeigt zumindest, dass die chinesische Führung sich des Problems bewusst ist und um Umweltfragen sorgt.<sup>26</sup> Dies belegt auch der 11. Fünfjahrplan (2006-2010), in dem u.a. festgelegt wurde, dass bis 2010 die Verschlechterung der Umwelt generell gestoppt werden soll. So soll u.a. der Anteil des Energieverbrauchs gegenüber dem 10. Fünfjahrplan um mindestens 20%, der Gesamtausstoß wichtiger Schadstoffe um 10% verringert werden, während der Anteil der Waldfläche von 18,2 auf 20% steigen soll. Überdies sollen mindestens 70% der Abwässer und 60% der Abfälle bis dahin geklärt bzw. gefahrlos entsorgt werden.<sup>27</sup> Bereits seit 2000 findet in Peking nur noch bleifreies Benzin Verwendung und es wurden Emissionsgrenzwerte festgelegt. Eine Reihe von Städten hat überdies beschlossen, den Besitz privater Fahrzeuge einzuschränken bzw. stärker zu besteuern. Die Regierung hat mittlerweile ein Förderprogramm für Brennstoffzellen-Fahrzeuge eingerichtet.

Die neue chinesische Regierung steht dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung durchaus positiv gegenüber und seit 2004 gibt es Pläne, die Berechnungen des BIP um die Bewertung von Umweltschäden zu ergänzen.<sup>28</sup> An einem Konzept für das im 11. Fünfjahresplan in Aussicht gestellte „grüne BIP“ wird gearbeitet, eine Erstellung gestaltet sich aufgrund der unklaren Berechnungsgrundlage laut nationalem Statistikbüro jedoch schwierig.<sup>29</sup> Das Ministerium für Handel, Wissenschaft und Technik z.B. engagiert sich zusammen mit ausländischen Unternehmen (z.B. Siemens, BP) in den Bereichen nachhaltiger Entwicklung und *corporate social responsibility*.

Internationale Kritik traf China bisher insbesondere beim Artenschutz und bei Wasserbauprojekten (Drei-Schluchten-Staudamm). Nicht zuletzt aus der Befürchtung vor internationaler Isolation heraus engagiert sich China im Umweltschutz, ist dabei aber bemüht, die eigenen Kosten gering zu halten. So ratifizierte China zwar das Kyoto-Protokoll, dieses enthielt aber keine für Peking bindenden Verpflichtungen, da Peking dem Protokoll als Entwicklungsland beigetreten und daher – anders als die Industriestaaten – nicht an die Emissionsobergrenzen gebunden ist.

Insgesamt werden die ökologischen Probleme Chinas von der Bevölkerung als gravierend wahrgenommen. Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen mehr Einsatz

---

<sup>25</sup> Zhongguo kechixu fazhan 2002, 2003 und 2004.

<sup>26</sup> Vgl. China aktuell, 3/2006, S. 129.

<sup>27</sup> Vgl. Renmin Ribao 16.03.2006.

<sup>28</sup> Vgl. Lincoln, 2004, S.7f.

<sup>29</sup> Vgl. Xinhua 15.06.2006, (<http://China-environmental-news.blogspot.com>) (Zugriff: 23.06.2006).

seitens der Regierung bei der Lösung der Umweltfragen erwartet; nur wenige Chinesen und hier im allgemeinen die Jüngeren und Gebildeteren, die in den entwickelteren Regionen des Landes leben, sind sich über die negativen Folgen ihres eigenen Verhaltens im klaren und wissen, welchen Beitrag sie selbst zum Umweltschutz leisten können.<sup>30</sup> Die chinesische Regierung fördert daher seit Ende der 1990er Jahre Bildungsprogramme im Bereich Umwelt und nachhaltiger Entwicklung. Jedoch fehlt weitestgehend das Verständnis für die regionale/ globale Dimension von Umweltproblemen. China weigert sich, die Verantwortung für die Verursachung von Umweltschäden z.B. in den Nachbarstaaten Japan oder Korea anzuerkennen und deutet auch ansonsten jede Umweltfrage als innere Angelegenheit Chinas. Dies führt in den letzten Jahren vermehrt zu Spannungen mit den Nachbarstaaten.<sup>31</sup>

Auch in China sind zahlreiche INGOs aktiv und es entwickelt sich langsam eine Umweltbewegung, aus der eigene chinesische Umwelt-NGOs hervorgehen; aufgrund der politischen Strukturen sind diese jedoch noch fragmentiert und häufig lokal orientiert.<sup>32</sup> Sie bilden sich zum einen in den großen Städten und zum anderen in den von sichtbaren ökologischen Krisen betroffenen Gebieten. Im Jahre 2005 soll es über 2000 solcher NGOs gegeben haben, eine erstaunliche Zahl, wenn man bedenkt, dass es erst seit den 1990er Jahren solche Gruppen gibt. Daneben ist seit den 1990er Jahren eine große Vielfalt an sozialen Organisationen und Stiftungen entstanden, die sich nicht nur für den Umweltschutz, sondern auch für bedrohte Tierarten, soziale Randgruppen, Aidskranke, Drogenabhängige, ethnische Minderheiten, die Erhaltung von Kulturgütern und Landschaften oder den Verbraucherschutz engagieren. Erfolgreich agierten in den letzten Jahren u.a. Initiativen gegen Wasserkraftwerke in der Provinz Yunnan, eine Initiative gegen die Verlegung des Pekinger Zoos oder eine Bewegung „Klimaanlage 26 Grad“ (zur Eindämmung der Energieverschwendung durch Klimaanlagen), um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Solange nicht explizit politische oder politisch brisante Ziele verfolgt werden, unterstützt der Staat (in der Regel der Zentralstaat) solche Vereinsgründungen, weil sie häufig auf lokaler Ebene Fragen aufgreifen, die der Staat nicht zu lösen vermag. Sie sollen zur Lösung konkreter sozialer Probleme und damit zur Verbesserung von Governance beitragen. Eine Umfrage des *China Development Brief* von 2002 in Peking hat gezeigt, dass 80% der Befragten NGOs primär die Aufgabe zuweisen, die Regierung bei der Arbeit zu unterstützen oder zu ergänzen.<sup>33</sup> Die Mehrheit sieht in ihnen daher keine gesellschaftlichen Freiräume, sondern ein Mittel zur Verbesserung von Governance. Gleichwohl kommen solche Vereine häufig in Konflikt mit lokalen Behörden, wenn sie Probleme aufgreifen, die die Pfründe oder Interessen lokaler Behörden oder Funktionäre beeinträchtigen. Immerhin hat im Mai 2006 die Parteizeitung „Renmin Ribao“ explizit hervorgehoben, dass ohne öffentliche Partizipation der Bürger der Umweltschutz nicht zu verbessern sei.<sup>34</sup> Letztlich zeigt sich hieran aber auch die mangelnde Autorität und Durchsetzungskraft der chinesischen Umweltbehörde (SEPA), die in der Auseinandersetzung mit der chinesischen Lokalbürokratie und den Interessen der Wirtschaft auf ein Bündnis mit gesellschaftlichen Organisationen insbesondere auf der lokalen Ebene angewiesen ist.

Ingesamt zeigt die bisherige Darstellung, dass China bereits heute gravierenden Umweltproblemen gegenübersteht. Der chinesischen Regierung gelingt es bisher aber noch, sich als lösungskompetente Kraft darzustellen, die die Probleme nicht nur als Herausforderungen erkennt, sondern auch Strategien zu ihrer Bewältigung zu entwickeln in der Lage ist. Der *party-state* steht zudem einer insgesamt zersplitterten und schwachen

---

<sup>30</sup> Vgl. Klein, 2004, S.135ff.

<sup>31</sup> Vgl. Dupont, 2001.

<sup>32</sup> Vgl. Ho, 2001, S.893ff.

<sup>33</sup> <http://www.chinadevelopmentbrief.com/mode/157> (02.06.2006).

<sup>34</sup> Renmin Ribao 18.05.2006.

Zivilgesellschaft gegenüber, die ihn daher derzeit nicht herausfordern oder wirksam in Frage stellen kann.

### **1.3 Umwelt und Sicherheit**

Die nachfolgenden Ausführungen untersuchen die Relation zwischen Sicherheit und Umweltveränderungen. Doch sind z.B. die Vielzahl der oben kurz dargelegten einzelnen Umweltprobleme nicht alle in gleicher Weise sicherheitsrelevant. Im klassischen Sinne umfasst der Begriff Sicherheit in erster Linie eine extern oder intern induzierte Bedrohung des staatlichen Gewaltmonopols. Wir unterscheiden im Folgenden Formen der Bedrohungen des staatlichen Gewaltmonopols durch Involvierung externer bzw. interner Akteure und differenzieren analytisch die Bevölkerung und den staatlichen Apparat als wichtigste interne Akteure.

Ein Zusammenhang zwischen dem Thema Umwelt und Sicherheit in China ist zum einen gegeben, wenn es zu massiven Beeinträchtigungen der Grundbedürfnisse von Teilen der Bevölkerung kommt. Diese Situation könnte das Resultat massiver und direkter Umweltverschmutzung ebenso wie Ergebnis von Naturkatastrophen sein, die im weiteren Sinne auf Umweltveränderungen (Klimawandel) zurückgeführt werden können. So ist z.B. der Zugang zu sauberen Nahrungsmitteln und Trinkwasser zukünftig möglicherweise nicht im ganzen Land gewährleistet oder sonstige Formen der Umweltverschmutzung führen zu gravierenden Einschränkungen der Lebenschancen (Gesundheitsprobleme, materielle Grundsicherung) bei großen bzw. einflussreichen Teilen der Bevölkerung; auch Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen als Resultat der Umweltveränderungen wären denkbar. Mit relevanten Teilen der Bevölkerung meinen wir soziale Gruppen, die sich in einem System, das durch eine relativ effektive öffentliche Informationskontrolle gekennzeichnet ist, aufgrund ihrer personellen Stärke (z.B. Landbevölkerung, Migranten) oder ihrer Zugangsmöglichkeiten zur öffentlichen Arena (z.B. Teile der städtischen Elite) Gehör für ihre Belange verschaffen können.

In der chinesischen Geschichte kündigte sich der Untergang von Dynastien oftmals durch Naturkatastrophen (z.B. Erdbeben) an – der Kaiser, so die Interpretation, hatte das Mandat des Himmels verloren. Vor dem Hintergrund dieser Tradition können auch heutige Umwelt- und Naturkatastrophen zu einer Bedrohung der Legitimität der Regierung werden, ein Bewusstsein für ein schnelles und effektives Krisenmanagement ist daher sowohl in der chinesischen Führung als auch bei Bevölkerung ausgeprägt.

Allerdings werden die hier beschriebenen Situationen u.E. erst dann von einer gesellschaftlichen Herausforderung zu einem tatsächlich sicherheitsrelevanten Problemszenario, wenn die durch Umweltverschmutzung ausgelöste, sichtbare (d.h. vom System nicht zu leugnende oder zu verdeckende) gesundheitliche oder ökonomische Beeinträchtigung sozialer Gruppen z.B. in Formen systemdestabilisierender Proteste münden, die nicht auf einer singulären (fallspezifischen) Unzufriedenheit in der Bevölkerung basieren, sondern getragen sind von der Annahme eines gravierenden, generellen Versagens eines erheblichen Teils der politischen Führung. D.h., dass Umweltprobleme letztlich also begleitet sind von einem prinzipiellen Vertrauensverlust in die staatlichen Steuerungs- und Lösungskapazitäten auf Seiten der Bevölkerung (Entzug der Legitimation) und dass dem System zugleich Mechanismen zum Machterhalt (z.B. repressive Maßnahmen, Finanzmittel zur Kompensation von Schäden) nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Eine zweite grundlegende Gefahr für die innere Sicherheit ist u.E. denkbar, wenn es zu Missfunktionen des staatlichen Apparates, z.B. aufgrund der Vielzahl der umweltbedingten Herausforderungen, kommt und diese die finanziellen, technischen und administrativen Möglichkeiten des Systems so beeinträchtigen, dass die politischen Handlungsoptionen drastisch verringert werden.

Neben diesen Formen der inneren Bedrohung sind als weitere sicherheitsrelevante Faktoren im Fall Chinas grenzüberschreitende Konflikte denkbar, die sich insbesondere durch die Konkurrenz um Ressourcen, durch Migration, durch die Auswirkung chinesischer Umweltverschmutzung auf Nachbarstaaten oder die Verbreitung von Infektionskrankheiten ergeben können. Ein tatsächlich sicherheitsbedrohliches Potential erhalten aber auch diese Konflikte u.E. erst dann, wenn keine Handlungsbereitschaft oder -fähigkeit der chinesischen Regierung in Richtung Kooperation und gemeinsamer Konfliktlösung für die anderen beteiligten Akteure erkennbar ist. Eine mögliche Konkurrenz um knappe Ressourcen erscheint uns im inter- bzw. transnationalen Zusammenhang generell als der Faktor mit dem größten Gefahrenpotenzial, weil hier nationale Interessen berührt werden können, die die chinesische Führung im Sinne einer innenpolitischen Legitimation achten bzw. durchsetzen muss. Außerdem ist die Sicherung des Ressourcenzugangs als ein Garant für das weitere Wirtschaftswachstum zu begreifen, welches wiederum gebraucht wird, um politisch handlungsfähig zu bleiben.

## **2. Vulnerabilität und Problemlösungskapazitäten anhand ausgewählter Themenfelder**

Nachfolgend gehen wir auf die Themenpunkte Bevölkerungsveränderungen, sozioökonomische Entwicklung, Gesundheitssektor, Bedeutung einzelner sozialer Gruppen sowie staatliche und wirtschaftliche Strukturen unter dem Gesichtspunkt der Krisenanfälligkeit und des Konfliktpotentials sowie der systembedingten Krisenbearbeitungskapazitäten ein.

### **2.1 Migration und demographische Entwicklung**

Anfang 2005 überschritt die Bevölkerung die 1,3-Mrd.-Grenze; in China leben 135 Menschen auf einem km<sup>2</sup>.<sup>35</sup> Das Bevölkerungswachstum liegt bei einer jährlichen Rate von 0,6 und China sieht aufgrund der im Jahre 1979 eingeführten Ein-Kind-Politik und der im Zuge der Wirtschaftsreformen steigenden Lebenserwartung einem starken demographischen Wandel entgegen. Ein Kernproblem besteht in der Überalterung der Bevölkerung und dem damit verbundenen Problem der Altersversorgung. 2000 waren nur rund 10% der Bevölkerung über 60 Jahre alt, 2020 werden es 17 und Mitte des Jahrhunderts 29% sein.

Bis zur Mitte des Jh. wird die Bevölkerung nach Expertenschätzungen auf ca. 1,6 Mrd. Menschen angewachsen sein,<sup>36</sup> das Durchschnittsalter wird dann 45 Jahre betragen, ähnlich dem in den Industriestaaten. Prekär ist hierbei, dass China bisher noch kein angemessenes Sozialversicherungssystem zur Versorgung der steigenden Zahl alter Menschen etabliert hat. Neben dem demographischen Trend der Überalterung wirft auch das ungleiche Geschlechterverhältnis – ein Männerüberschuss der nach Berechnungen der chinesischen Regierung im Jahre 2020 bei ca. 24 Mio. liegen wird – Fragen für Chinas Zukunft auf.

---

<sup>35</sup> Vgl. OECD, 2004.

<sup>36</sup> Vgl. Schucher, 2005, S.24-26.

Eine Bevölkerungs- und Familienplanungskommission, im Jahre 2003 hervorgegangen aus einer 250-köpfigen Expertengruppe, ist damit betraut, die demographische Frage zu untersuchen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Diskutiert wird als staatliche Maßnahme eine Lockerung der Ein-Kind-Politik ab ca. 2010. Allerdings zeigt sich bereits heute, dass auch in China mit zunehmendem Wohlstand und höherer Bildung die Geburtenrate sinkt. Insofern bleibt es fraglich, wie hoch der tatsächliche Einfluss politischer Maßnahmen auf die Bevölkerungsentwicklung sein wird.

Für den Staat stellt die enorme Bevölkerungszahl eine Herausforderung in Bezug auf die Garantie sozialer Ordnung dar. Mit der genannten Bevölkerungsentwicklung wird sich eine fortschreitende Urbanisierung verbinden, die ebenfalls eine große Herausforderung an das Management dieser Entwicklung stellt. China ist gleichzeitig eines der Länder mit der am schnellsten alternden Bevölkerung weltweit.

Eine denkbare ökonomische Folge der langfristigen Bevölkerungsentwicklung wird die Reduzierung des „Angebotes“ an billigen (ungelernten) Arbeitskräften sein. Die demographische Entwicklung kann damit letztlich auch als ein die schnelle wirtschaftliche Entwicklung einschränkender Faktor interpretiert werden.<sup>37</sup>

Ein weiterer Einflussfaktor für die demographische Entwicklung ist die Verbreitungsrate von HIV/AIDS; nach Schätzungen der WHO sind derzeit ca. 1 Million Menschen infiziert; besonders die chinesischen Randprovinzen Xinjiang (Westchina) und Yunnan (Südwestchina), die z.B. eine wichtige Durchgangsstation für den Drogenhandel darstellen, scheinen derzeit betroffen.<sup>38</sup> Neben der Prostitution als Ansteckungsquelle sind auch unhygienische medizinische Zustände in den ländlichen Gebieten, wie der Blutspendeskandal in der Provinz Henan im Jahre 2000 belegte, zu nennen. Die chinesische Regierung, die das Thema lange als Problem des dekadenten Westens leugnete, hat inzwischen Aufklärungsmaßnahmen ergriffen. Wachsende Mobilität (Migration), steigender Drogenkonsum, zunehmende Prostitution, die geringe Bildung sowie die Rückständigkeit medizinischer Einrichtung auf dem Land stellen jedoch ein großes Problem für diese staatlichen Maßnahmen dar.

China steht seit den 1990er Jahren einer gewaltigen Binnenmigration gegenüber. Diese Migration ist wirtschaftlich bedingt, denn die Migranten entstammen den ländlichen Gebieten, die sie aufgrund von Arbeitslosigkeit und Armut auf der Suche nach Einkommensquellen verlassen. Inwieweit diese Migration auf Umweltdegradation zurückzuführen ist, ist mit Daten nur schwer zu belegen. Tatsächlich aber leidet die ländliche Bevölkerung besonders stark unter den Folgen der fortschreitenden Umweltzerstörung (z.B. Wassermangel, Verlust oder Verschmutzung von Farmland). Gleichwohl scheint der Hauptgrund für diese Migration in der chinesischen Öffentlichkeit primär als wirtschaftlich und nicht umweltbedingt interpretiert zu werden. Zwischen 120 und 180 Mio. Menschen umfasst derzeit die Zahl sogenannter Wanderarbeiter in China, 70% davon migrieren aus den ländlichen Gebieten in die Großstädte. In den Großstädten gehen sie als billige Arbeitskräfte einer Tagelöhner-tätigkeit nach; nicht selten werden sie um ihren kärglichen Lohn betrogen, vegetieren für die Zeit ihres Aufenthaltes in der Stadt oft unter unmenschlichen Bedingungen in Gemeinschaftsunterkünften und leben in einem nahezu rechtsfreien Raum. Eine integrationsfähige Infrastruktur besteht in den Städten nicht. Das frühere *Hukou*-System, ein Meldesystem mit dem Stadt- und Landbewohner an ihren Wohnsitz gebunden wurden und Migration und Slumbildung wie in anderen Ländern des Südens verhindert werden sollte, ist weitgehend erodiert. Es ist derzeit nicht davon auszugehen, dass sich die Wanderbewegung

---

<sup>37</sup> Vgl. Yang, 2005, S.19ff.

<sup>38</sup> Vgl. Dupont, 2001, S.212ff.

stoppen lässt, vielmehr wird sich die Migration bei einer Verschlechterung der ökonomischen oder ökologischen Bedingungen auf dem Land verstärken.

Neben dieser Binnenmigration vornehmlich ungelerner Arbeitskräfte ist eine Abwanderung aus Chinas Küstenprovinzen ins westliche Ausland (von diesen kehren viele nach einer gewissen Zeit nach China zurück) sowie aus Nordchina in den Nachbarstaat Russland, mit dem China einen 4000 km langen gemeinsamen Grenzverlauf hat, zu beobachten. Indizien für massive (dauerhafte) Emigrationsbewegungen gibt es allerdings derzeit nicht.<sup>39</sup>

Im Folgenden soll kurz die chinesische Einwanderung nach Sibirien exemplarisch behandelt werden. Sie wird in der Literatur anders als die Migration ins westliche Ausland nur wenig beachtet, steht aber potenziell im Zusammenhang mit dem Thema Umwelt und Sicherheit, weil die fortschreitende Umweltdegradation in Nordchina die chinesische Einwanderung nach Russland verstärken könnte. Auch der Bevölkerungsdruck in China sowie die Ausbeutung vorhandener Energieressourcen in Sibirien, an denen China interessiert sein dürfte, könnten diese Migration langfristig begünstigen. Die chinesische Führung wird vor diesem Hintergrund möglicherweise nicht lenkend bzw. begrenzend eingreifen, was zu Spannungen mit Russland führen könnte.

Sibirien selbst ist seit den 1990ern von einer eigenen massiven Abwanderungswelle betroffen. In den letzten Jahren wandern in die Grenzgebiete zunehmend Chinesen auf der Suche nach Einkommensquellen ein. Ähnlich wie die Wanderarbeiter in den chinesischen Städten verdingen sich die chinesischen Arbeitskräfte zu schweren Arbeiten und geringem Lohn in der lokalen Ökonomie. Während die chinesische Regierung den Beitrag der chinesischen Migranten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sibirien betont und keine Veranlassung zum Eingreifen sieht, kritisiert die russische Seite die „schleichende chinesische Invasion“ und ihren geringen Beitrag zur lokalen Ökonomie sowie deren Beteiligung an illegalen Aktivitäten. Vor allem die Möglichkeit einer dauerhaften chinesischen Einwanderung angesichts von Bevölkerungsdruck und Umweltdegradation in China betrachtet man nicht zuletzt vor dem Hintergrund früherer Territorialstreitigkeiten mit Sorge. Auch eine schleichende Erschließung und Ausbeutung sibirischer Bodenschätze durch chinesische Einwanderer wird befürchtet. Es wird viel davon abhängen, wie bilaterale Abkommen zwischen China und Russland in den Bereichen Energiegewinnung, Infrastrukturausbau aber auch einer geregelten Migration gestaltet werden können, um Konflikte um Ressourcen sowie Migration und deren soziale und politische Folgekonflikte zu vermeiden. Von einer „Invasion“ chinesischer Einwanderer kann derzeit keine Rede sein, die Situation könnte sich aber in den nächsten Jahrzehnten verschärfen, wenn sich die Lebens- und Einkommensbedingungen in den chinesischen Quellorten nicht verbessern und China anders als Russland einen Machtzuwachs in der internationalen Politik erreichen kann, der ein dominantes Auftreten erlauben würde.<sup>40</sup>

Generell ist in China eine Landflucht ebenso wie eine Arbeitsmigration in Nachbarstaaten aufgrund von Umweltdegradation und dem damit einhergehenden Verlust der ökonomischen Basis bereits zu beobachten und auch weiterhin wahrscheinlich. Nur eine radikale Verbesserung der Umweltsituation insbesondere in den ländlichen Gebieten Chinas wäre ein Weg, diese Migration zu reduzieren. Gelingt dies nicht, ist insbesondere eine Wanderungsbewegung aus den Armutsgemeinden in die Städte zu erwarten mit all den sozialen Folgen, die eine solche Bewegung mit sich bringen würde (Slumbildung, steigende Arbeitslosigkeit und Kriminalität in den Städten, Fluchtbewegung ins Ausland).

---

<sup>39</sup> Vgl. Omelaniuk 2004.

<sup>40</sup> Vgl. Gelbras 2005 und Garnett 2001.

## 2.2 Sozio-ökonomische Disparitäten und Armut

Chinas Entwicklung ist von starken regionalen und sozialen Einkommensdisparitäten gekennzeichnet. Die stärksten Unterschiede ergeben sich im Vergleich Ost-West, zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie in Bezug auf die Geschlechter. Mit Beginn der Wirtschaftsreformen verringerten sich zunächst die regionalen Einkommensunterschiede. Auf Grund des Wachstumsschubs in den Küstenregionen stiegen sie seit Ende der 1980er Jahre aber wieder an. In den provinziellen Städten Peking, Shanghai und Tianjin waren die Einkommen 2005 doppelt so hoch wie in den reicheren ost-, viermal so hoch wie in den zentral- und fünfmal so hoch wie in den westchinesischen Provinzen.<sup>41</sup> Wie disparat die Entwicklung der einzelnen Regionen Chinas verläuft verdeutlicht u.a. der Hinweis des *China Human Development Report 2005* des UNDP, in dem hinsichtlich des *Human Development Index* sich Shanghai 2005 auf dem Niveau Portugals, Tibet hingegen auf dem Niveau Gambiens befunden habe.<sup>42</sup> Laut *China Human Development Report* waren Ende 2005 außerdem die Stadt-Land Einkommensdisparitäten Chinas die höchsten in der Welt.<sup>43</sup> In der Tat hat sich die Einkommensschere in den vergangenen Jahren abrupt vergrößert und das in einer so kurzen Zeitspanne, wie es bisher nur in den zentralasiatischen Republiken und Russland in vergleichbarer Weise beobachtet wurde.<sup>44</sup>

Der Gini-Koeffizient, Maßstab zur Bestimmung ungleicher Einkommensverteilung, lag in China 1978 noch bei 0,21; im Jahre 1990 erreichte er einen Wert von 0,38 und seit dem Jahr 2000 hat er die als kritische Grenze festgesetzte Marge von 0,4 überschritten (2005: 0,465);<sup>45</sup> demzufolge besitzen 5% der Reichsten bereits 50% der Bankguthaben.<sup>46</sup> Insbesondere zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten Chinas bzw. der Ostküste und den Regionen in Zentral- und Westchina ergeben sich enorme Einkommensunterschiede, die sich in den vergangenen 15 Jahren verschärft haben: Verfügte die ländliche Bevölkerung im Jahre 1990 noch über ein Einkommen, das 45,4% des städtischen Durchschnittseinkommens entsprach, verschob sich diese Relation bis 2005 auf 31,0%.<sup>47</sup> Im Unterschied zu anderen Entwicklungsländern, in denen ein hoher Gini-Koeffizient von über 0,4 mit einer schwachen Wirtschaftsentwicklung einhergeht, hat sich dies bislang nicht nachteilig auf das chinesische Wirtschaftswachstum ausgewirkt.

Der Engels-Koeffizient, der als Maßstab für den Lebensstandard herangezogen werden kann, weil er den Anteil der Ausgaben für Lebenshaltung (Nahrungsmittel) an den Gesamtausgaben der Haushalte ausweist, verdeutlicht eine insgesamt positive Einkommensentwicklung. Nach Angaben des statistischen Jahrbuchs gab die ländliche Bevölkerung im Jahre 2003 für Nahrungsmittel 45,6% ihres Einkommens aus (1978 waren es noch 67,7%) und die städtische Bevölkerung wendete 37,1% auf (1978 waren es 57,5%). Der Koeffizient belegt auch den deutlichen Unterschied in der Verfügbarkeit von Einkommen zwischen Stadt und Land von über 8 Prozentpunkten.<sup>48</sup>

---

<sup>41</sup> Vgl. Sit 2001 und Okamoto/Ihara 2005.

<sup>42</sup> Internetversion: <http://www.undp.org/dpa/pressrelease/releases/2005/december/china-hdr161205.shtml> (Zugriff: 29.07.2006).

<sup>43</sup> Ibid.

<sup>44</sup> Vgl. hierzu ausführlich: OECD, 2004.

<sup>45</sup> Vgl. Han, Wenxiu, 2004, S.20f.; Wang/Zhao 2005, S. 22.

<sup>46</sup> Das Blaubuch für die chinesische Gesellschaft konstatiert für 2002 einen GINI-Koeffizienten von 0,45, vgl. Li Peilin, 2004, S. 74; obgleich dieser Wert sehr wahrscheinlich nach oben korrigiert werden muss. Der Sozialwissenschaftler Zhou Jianming (Direktor des Zentrums für Internationale Strategische Studien an der Shanghai Akademie für Sozialwissenschaften) sprach in einem vom Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Konrad Adenauer-Stiftung organisierten Tagung „Aus der Geschichte Lernen“ am 3.7.04 in Brühl von einem GINI-Koeffizienten von 0,53 für den städtischen Raum. Was den Stadt-Land Vergleich anbelange, so müsse dieser Koeffizient noch wesentlich höher veranschlagt werden.

<sup>47</sup> Vgl. Zhongguo tongji nianjian 2005.

<sup>48</sup> Zhongguo tongji nianjian 2003, S.344.

Nach offiziellen statistischen Angaben waren Ende 2004 365,4 Mio. Menschen, das sind knapp 50% der Arbeitskräfte Chinas, in der Landwirtschaft tätig.<sup>49</sup> Allerdings sind die Einkommen der Bauern in Relation zu anderen Einkommen nur mäßig gewachsen, weil die Erträge aus landwirtschaftlicher Tätigkeit gering sind, auf Grund der Zersplitterung der Anbauflächen, dem geringen Organisationsgrad der Vertriebswege, dem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte, deren geringer Wettbewerbsfähigkeit und regionaler Umweltdegradation. Arbeits-, Anbau- und Angebotsstrukturen müssten verändert werden, um einen Anstieg der bäuerlichen Einkommen zu erreichen. Die Politik der Regierung zielt allerdings erst seit kurzem auf einen größeren Input in den landwirtschaftlichen Sektor, und der Erfolg dieser Maßnahmen kann derzeit noch nicht beurteilt werden.<sup>50</sup> Ein entscheidender Faktor ungleicher Einkommen ist auch die unterschiedliche Bodenqualität, die sich im Zuge der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend verschlechtert.

Im Hinblick auf die ländlichen Einkommen ist beim Umgang mit chinesischen Einkommensdaten gleichwohl Vorsicht geboten, da es sich entweder um das Ergebnis von „Stichprobenerhebungen“ handelt, die keineswegs immer repräsentativ sind oder um die Zusammenfassung von Angaben, die von den unteren Verwaltungsebenen geliefert werden und nicht immer den Tatsachen entsprechen. Überdies weisen chinesische Soziologen darauf hin, dass, unter Einbeziehung versteckter Einkommen, das Disparitätsverhältnis erheblich größer sei, als in den offiziellen Statistiken ausgewiesen. Bezieht man z.B. das nicht-monetäre Einkommen der städtischen Bevölkerung sowie die Inflationsrate in die Einkommensberechnung ein, dann blieben die ländlichen Einkommen gegenüber den städtischen noch weitaus deutlicher zurück. Für das Zurückbleiben der ländlichen gegenüber den städtischen Einkommen sind neben signifikanten Gehaltssteigerungen in den Städten u.a. folgende Faktoren verantwortlich: der Rückgang der staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft, wodurch den lokalen Ebenen und der Bauernschaft größere Investitionsverpflichtungen erwachsen; die Ausweitung der Preisschere zwischen in der Landwirtschaft benötigten Industrieprodukten, deren Preise rasant stiegen und Agrargütern, deren Preise stagnierten, sanken oder sich nur leicht erhöhten; geringe Budgets der Dörfer und Gemeinden bei gleichzeitigem Investitions- und Modernisierungsdruck; finanzielle Ausplünderungen der Bauern über Gebühren und Sondersteuern durch lokale Behörden.

Anders als weite Teile der ländlichen Bevölkerung verzeichnen Teile der städtischen Bevölkerung erhebliche Einkommenszuwächse. Es entwickelt sich eine Mittelschicht, deren Größe inzwischen auf ca. 18% geschätzt wird<sup>51</sup> und deren Kaufkraft rasch zunimmt. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 100 Mio. Chinesen über ein Jahreseinkommen von mehr als 4.000 Euro verfügen, ca. 40 Mio. haben mehr als 20.000 Euro pro Jahr zu Verfügung und die Zahl der Dollar-Millionäre wird mit etwa 300.000 beziffert.<sup>52</sup> Neben dem Erwerb von Immobilien (ca. 50% der Immobilien in den Städten sind inzwischen in privater Hand) und Autos fließt das verfügbare Einkommen in den Konsum, wobei insbesondere Kleidung, Einrichtungs- und Elektronikartikel von ausländischen Herstellern nachgefragt werden, während bei Haushaltsartikeln, Kosmetik und Nahrungsmitteln chinesische Produkte bevorzugt werden. Demzufolge wächst der Einzelhandel in den Metropolen Chinas jedes Jahr um ca. 10% und Unternehmen wie IKEA und Metro expandieren zügig auf dem chinesischen Markt.<sup>53</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Information Office of the State Council of the PR China: China's Employment Situation and Policies, White Paper, ([www.china.org.cn/e-white/20040426/htm](http://www.china.org.cn/e-white/20040426/htm)), (Zugriff: 05.05.2005). Das chinesische Finanzministerium hat diese Zahl 2006 bestätigt, vgl. Renmin Ribao Online Version, 31.7.06, [http://english.people.com.cn//200607/13/eng20060713\\_282655.html](http://english.people.com.cn//200607/13/eng20060713_282655.html) (Zugriff: 01.08.2006). Allgemein zur Lage im ländlichen Raum vgl. Fan/Heberer/Taubmann 2006.

<sup>50</sup> Vgl. Wong/Zhang, 2002, S.215ff.

<sup>51</sup> Renmin Ribao 13.02.2005.

<sup>52</sup> Vgl. o.V.: Großartige Zukunft, in: Die Wirtschaftswoche, 30.09.04, S.73ff.

<sup>53</sup> Ibid.

Was den bereits erwähnten Faktor „Armut“ anbelangt, so gibt es in China bislang nur unzureichende Kriterien zu seiner Bestimmung. Das Nationale Statistische Amt der VR China berechnet einen Warenkorb, der die wichtigsten Preise für die Alltagsversorgung umfasst und vergleicht ihn mit dem mittleren Einkommen aller Landkreise. Daraus errechnet sich auch das Kriterium für Armut. Liegt das Durchschnittseinkommen eines Kreises unter der festgelegten Armutsgrenze, dann kann ein Kreis zum „Armutskreis“ erklärt werden. Von daher entsprechen die chinesischen Kriterien denen der Weltbank (<als 1 US-\$ Einkommen/Tag) nicht. Vielmehr gelten alle Einwohner eines solchen Kreises als „arm“. Einkommensdisparitäten innerhalb der Bevölkerung und zwischen Dörfern und Gemeinden bleiben hierbei unberücksichtigt. Mittlerweile gehen chinesische Wissenschaftler dazu über, arme Dörfer zu identifizieren und nicht arme Landkreise.

2005 sollen offiziellen chinesischen Angaben zufolge 26,1 Mio. Menschen als absolut arm gegolten haben, d.h. ihnen standen gemäß chinesischer Definition weniger als 0,21 US-Dollar am Tag zur Verfügung. Im urbanen Raum sollen 22 Mio. Menschen staatliche Sozialhilfe erhalten haben. Die absolute Zahl der Ärmsten wäre damit (nach chinesischer Definition) von 250 Mio. im Jahre 1978 auf ca. 48 Mio. Menschen im Jahre 2005 gesunken. Berechnungen nach internationalen Standards durch die Weltbank schätzen die Zahl der absolut Armen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen, aktuell auf ca. 200 Mio. Chinesen.<sup>54</sup> Insgesamt muss festgehalten werden, dass die Mehrheit der rund 770 Mio. Menschen, die auf dem Land leben, keinen ausreichenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung hat. Im chinesischen Bildungssystem, das bis in die 1970er Jahre hinein von politischen Inhalten stark dominiert bzw. temporär gar nicht funktionsfähig war, konnte seit Beginn der Reformpolitik das Bildungsniveau deutlich gesteigert und die Analphabetenrate gesenkt werden. Sie liegt inzwischen bei 4,9% (Männer) bzw. 13,5% (Frauen). Statistiken weisen für die letzten 15 Jahre deutliche formale Verbesserungen im Bildungssektor (z.B. Zahl der Schulbesuche, höhere Bildungsabschlüsse) aus. Allerdings sagen diese Daten nichts über die vermittelten Inhalte, die Lernbedingungen und -methoden, den Ausbildungsstand der Lehrer sowie regionale Ungleichheiten aus.<sup>55</sup> Gerade die schulische und universitäre Ausstattung in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen im Landesinneren ist unbefriedigend, wie eigene Erfahrungen von Forschungsaufenthalten belegen.

Was die Armutsbekämpfung anbelangt, so ist China in den letzten Jahren flexibler geworden und wendet zunehmend internationale Konzepte an wie „participatory community-based development“ oder den Einsatz von Mikrokrediten nach dem Vorbild der Grameen Bank in Bangladesh an. Auch wenn es – wie oben gezeigt – nach offiziellen chinesischen Angaben noch über 40 Mio. Menschen gibt, die von Armut betroffen sind, die Weltbank hingegen von weit über 100 Mio. ausgeht, so ist der Rückgang der absolut Armen seit Ende der 1970er Jahre (damals geschätzt auf ca. 250 Mio.) Menschen zweifellos ein riesiger Erfolg.

Die Armut hat keineswegs nur historische Gründe. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (z.B. der Wälder), eine verfehlte Wirtschaftspolitik seit den 1950er Jahren, die auf lokale und regionale Spezifika keinerlei Rücksichten nahm, die einseitige Ausrichtung auf Getreideanbau und Schwerindustrie sowie die Ausrichtung der Wirtschaft an den industriellen Interessen Ostchinas (Bereitstellung billiger Rohstoffe) haben zur Perpetuierung der Armut in erheblichem Maße beigetragen. Armut ist zudem in vieler Hinsicht auch ein ethnisches Problem (dazu unten).

---

<sup>54</sup> Vgl. Schüller, 2004, S.520.

<sup>55</sup> Vgl. Kaplinsky, 2001, S.59; (<http://devdata.worldbank.org/edstats/SummaryEducationProfiles/CountryData/GetShowData.asp?sCtry=CHN,China>), (Zugriff: 07.12.2005).

Man kann der politischen Führung nicht absprechen, dass sie versucht, durch gezielte Maßnahmen die o.g. Probleme anzugehen. So wurden z.B. die Entwicklung des Agrarsektors, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung und die Armutsbekämpfung zu zentralen innenpolitischen Fragen erklärt. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die ländlichen Einkommen zu erhöhen, der Umwidmung und dem illegalen Verkauf von Boden Einhalt zu gebieten. U.a. sollen die Schulgebühren für Kinder in ländlichen Armutsgebieten abgeschafft und wieder ein genossenschaftliches Gesundheitswesen auf dem Land eingeführt werden, an dem sich der Zentralstaat, die Provinzen, Städte und Kreise finanziell beteiligen sollen. Die chinesische Führung versucht, neue institutionelle Wege zu beschreiten, um die mit dem raschen ökonomischen und sozialen Wandel verbundenen Konflikte abzuschwächen und wieder Vertrauen unter der Bevölkerung zu gewinnen. Und in der Tat ist es unter Bedingungen der Ein-Partei-Herrschaft bislang gelungen, durch pragmatische Anpassung hohes Wirtschaftswachstum und politische Stabilität zu wahren.

Dies bietet indessen keine Gewähr dafür, dass bestimmte Umweltveränderungen sich nicht gesellschaftlich konfliktverschärfend auswirken könnten. Das gilt für Überschwemmungskatastrophen auf Grund massiver Waldzerstörung, für den zunehmenden Wassermangel bei gleichzeitiger Verschmutzung der Oberflächengewässer und des Grundwassers durch die Technisierung der Landwirtschaft (Überdüngung, Einsatz von Pestiziden und Herbiziden etc.), die Abschmelzung der Gletscher in Regionen wie Tibet und Xinjiang und den Klimawandel, verbunden mit einer Zunahme der Taifune und steigendem Wasserstand der Meere.<sup>56</sup> Millionen von Umweltflüchtlingen könnten in Zukunft die Folge sein.

Andererseits bewirken Umweltkatastrophen durchaus Lerneffekte in der chinesischen Politik. Die katastrophalen Überschwemmungen in den letzten Jahren (z.B. die Überschwemmungen am Yangzi-Fluss 1998) haben z.B. die Folgen der Entwaldung der vergangenen Jahrzehnte verdeutlicht und zu einem Umdenken in der Forstpolitik geführt, wobei gleichzeitig großangelegte Aufforstungsprogramme in Gang gesetzt wurden. Einfuhrstopps westlicher Länder für belastete chinesische Agrarprodukte führten zu stärkerer Betonung ökologischer Anbaumethoden. Und das vom Landwirtschaftsministerium mittlerweile eingeführte *Greenfood-Label* wurde von der Internationalen Vereinigung für Organische Landwirtschaftsbewegungen anerkannt. Im Energiebereich setzt China zunehmend auf Atomkraft, Solar- und Windenergie. Westliche Hilfe und Know-how in dieser Hinsicht sind in China gefragt.<sup>57</sup>

## 2.3 Gesundheit

Vor Einsetzen der Reform- und Öffnungspolitik hatte nahezu die gesamte Bevölkerung Zugang zu medizinischer Grundversorgung. In den ländlichen Gebieten gab es ein genossenschaftliches System der Gesundheitsversorgung im Rahmen der Volkskommunen, mit Hygiene- und Impfkampagnen versuchte man zahlreichen endemischen Krankheiten auszulöschen und die in den ersten 30 Jahren des Bestehens der VR China deutlich gestiegene Lebenserwartung (1949: 35 Jahre; 1975: 65 Jahre) kann u.a. auch als Beleg für ein funktionierendes System medizinischer Basisversorgung gesehen werden. Auf dem Land waren ab Mitte der 1960er Jahre Ansätze zu einer kooperativen Gesundheitsversorgung geschaffen worden. Diesem System zufolge leisteten die darin versicherten Bauern in einem

---

<sup>56</sup> Vgl. dazu auch Sternfeld/Waldersee 2005, S. 55ff.

<sup>57</sup> Ibid.

Dorf einen finanziellen Eigenbeitrag, der gemeinsame „Wohlfahrtsfonds“ steuerte den Restbetrag zur Finanzierung der unentgeltlichen Versorgung bei. Durch ein Netz von „Landärzten“, die früher „Barfußärzte“ hießen und in der Behandlung lokal häufig auftretender Krankheiten ausgebildet worden waren, sollte die ländliche medizinische Versorgung entwickelt werden.

Nach 1978 kam es auf Grund von finanziellen Engpässen und der Auflösung der Volkskommunen jedoch zu einem Niedergang des genossenschaftlichen Gesundheitssystems. Viele Bauern wollten nicht mehr für die Finanzierung gemeinsamer medizinischer Leistungen aufkommen, Gesundheitsstationen wurden aufgelöst, die Barfußärzte wandten sich einträglicheren Tätigkeiten zu. 1970 soll es für 85% der Landbewohner eine medizinische Absicherung in der einen oder anderen Form gegeben haben, Ende der 1980er Jahre nur noch für 7%. Heute gibt es nur noch in wohlhabenden Dörfern eine medizinische Grundversorgung, in ärmeren ist die medizinische Versorgung problematisch, zumal der Staat nicht in der Lage ist, die Kosten für die Krankenversorgung auf dem Land zu tragen. Lokal gibt es staatliche Zuschüsse und für bedürftige Landbewohner die „Fünf Garantien“. Diesen „Garantien“ zufolge sollen Kranke, Waisenkinder, Kinderlose und Verwitwete vom Dorf kostenlos Nahrung, Kleidung, Brennmaterial, Ausbildung für die Kinder und Bestattung erhalten.

Insgesamt ist eine Auseinanderentwicklung zwischen Stadt und Land zu beobachten. Ein Indiz ist die Diskrepanz in der Lebenserwartung, die auf dem Land um ca. 6 Jahre niedriger ist als in den Städten. Die ungleiche Behandlung von Stadt- und Landbewohnern kommt auch in der Tatsache zum Ausdruck, dass der Staat für die soziale Wohlfahrt der ca. 170 Mio. Stadtbewohner allein im Jahr 1978 5,1 Mrd. Yuan ausgegeben hat, für die 790 Mio. Landbewohner indessen nur 230 Mio. Im Verlauf der 1980er Jahre verschlechterte sich dieses Verhältnis von 1:22 zu Ungunsten der Landbevölkerung auf 1:63 im Jahre 1984. Bis zum Jahre 2000 hatte sich wenig daran geändert. 70% des ländlichen Raums verfügten in jenem Jahr über lediglich 20% der Gesundheitseinrichtungen (80% befanden sich im städtischen Raum). Gab der Staat im Jahr 2000 12 Yuan pro Kopf für die Gesundheitsversorgung der Landbewohner aus, so 44 Yuan pro Kopf für die der Städter, wobei sich diese Schere in den letzten Jahren weiter vergrößert hat. Gleichzeitig stiegen die Kosten für medizinische Behandlung rasch an. Offiziellen Angaben zufolge sollen allein die Krankenhauskosten zwischen 1990 und 2000 um über 500% gestiegen sein.

Viele ländliche Gebiete sind heute medizinisch unterversorgt und nur ca. 10% der ländlichen Bevölkerung haben im Gegensatz zu 60% der Stadtbevölkerung einen Krankenversicherungsschutz. In den Städten besteht ein modernes System an Kliniken und Praxen mit relativ gut ausgebildetem Personal bereit, weil die Verdienstmöglichkeiten hier höher und die Arbeitsbedingungen besser sind. Die Kosten für medizinische Versorgung sind auf Grund der bestehenden Anreizmechanismen extrem gestiegen und ein derzeit unter der städtischen Mittelschicht kursierender Witz besagt, dass nur derjenige als wirklich reich gelten könne, der sich nicht nur ein Auto samt Reparaturen leisten könne, sondern auch die medizinische Versorgung nach einem möglichen Unfall.

Auf dem Land ist Krankheit eines der zentralen Armutsrisiken; immer weniger Bauern können sich die immer teurer werdende Gesundheitsversorgung leisten. Wer ernstlich krank wird und der Behandlung bedarf, sieht sich gezwungen, sich die Mittel für anfallende Kosten irgendwo zu beschaffen, häufig von illegalen, privaten Geldverleihern, die dafür Wucherzinsen verlangen. 95% der neu verarmten Haushalte sollen chinesischen Berichten

zufolge aufgrund von Krankheiten in die Armutzone abgerutscht sein.<sup>58</sup> Der Staat fördert den Einsatz von Ärzten für traditionelle Medizin, die in der Regel keine akademische Ausbildung besitzen, sondern eine Lehre absolviert haben, kostengünstiger arbeiten und im ländlichen Raum leicht einsetzbar sind. Doch um die in Relation zu den Einkommen erheblichen Behandlungskosten zu sparen, werden nicht nur oftmals traditionelle Mittel angewendet sondern schwere Krankheiten verschleppt. Zahlreiche Krankheiten, die vormals als erfolgreich eingedämmt galten, sind wieder auf dem Vormarsch. So leiden z.B. derzeit ca. 5 Mio. Bauern an Tuberkulose, eine im weltweiten Vergleich hohe Tuberkulose-Rate.

Das chinesische Gesundheitssystem weist gravierende strukturelle Mängel nicht nur in Bezug auf den fehlenden Versicherungsschutz auf. Dysfunktionen beziehen sich auch auf den Mitteleinsatz, 60% der medizinischen Ausgaben werden z.B. für Medikamente aufgewendet, im weltweiten Durchschnitt sind es nur 15%. Die chinesische Führung hat beschlossen bis 2010 ein kooperatives Gesundheitsprogramm aufzubauen, das jedem Landbewohner erschwingliche medizinische Versorgung garantieren soll. Eine Kappung der Preise für medizinische Versorgung soll den explodierenden Gesundheitskosten Einhalt gebieten; dies wird zu finanziellen Engpässen in vielen Kliniken führen, die um zu überleben auch weiterhin Einnahmen z.B. über den unnötigen Verkauf von Medikamenten generieren werden. Große Probleme beim Aufbau medizinischer Versorgung und Krankenversicherung macht auch die weitverbreitete Korruption, viele Menschen misstrauen den lokalen Beamten und weigern sich in einen lokalen Gesundheitsfonds, der „geplündert“ werden könnte, einzuzahlen.<sup>59</sup>

Die Verbreitung der Infektionskrankheit SARS im Jahre 2002/2003 hat gravierende Schwächen des chinesischen Systems wie die zunächst offizielle Leugnung und Geheimhaltung, die soziale Stigmatisierung von Krankheit, die vielerorts ungenügende Hygienesituation, den mangelnden Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung offengelegt. Zugleich hat die SARS-Epidemie die Mobilisierungsfähigkeit und raschen Krisenreaktionsmöglichkeiten der politischen Führung demonstriert. Obwohl „nur“ ca. 700 Personen an SARS verstarben und die ökonomischen Einbußen auf ca. 0,7% des BIP von 2003 geschätzt werden, führte SARS zu einer der bedeutsamsten sozio-politischen Krisen im letzten Jahrzehnt in China, die bei der politischen Führung zu wichtigen Lerneffekte führte und als Katalysator für einen politischen Umdenkungsprozess betrachtet werden kann. Der Schock über die internationale Kritik sowie die ökonomischen Auswirkungen waren wichtige Stimuli für ein grundsätzliches Überdenken der Folgen der Stadt-Land-Disparitäten sowie der Ungleichgewichtigkeit zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung. Zugleich konnte die politische Führung die Krise als Legitimationsquelle nutzen, indem sie das Image eines kompetenten, reaktionsfähigen und volksnahen Krisenmanagers kreierte.<sup>60</sup>

Viel wird zukünftig davon abhängen, dass es auch weiterhin eine ökonomische Entwicklung gibt, die es erlaubt, Finanzmittel in den Aufbau eines Gesundheitssystems zu lenken. Vor diesem Hintergrund wären nicht nur Verbesserungen in den grundlegenden Bereichen Ernährung und Hygiene zu erwarten, sondern auch der Aufbau einer zuverlässigen medizinische Grundversorgung im gesamten Land, die z.B. für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten (z.B. die zunehmenden Fälle von Malaria) und die Behandlung umweltbedingter Erkrankungen dringend benötigt werden wird. Schon heute gibt es Berichte über die schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen der Umweltverschmutzung, so z.B. in der Provinz Shaanxi, wo in sogenannten „Krebsdörfern“ die Rate der an Krebs versterbenden Menschen als Folge von Schwermetallvergiftungen um ein Drittel höher ist als im

---

<sup>58</sup> Vgl. Heberer/Senz 2006.

<sup>59</sup> Vgl. Forney 2003.

<sup>60</sup> Vgl. Fewsmith 2003; Huang 2006.

Provinzdurchschnitt.<sup>61</sup> Selbst unter günstigen Bedingungen wird besonders die Migration zukünftig eine Herausforderung für die Kontrolle von Infektionskrankheiten bleiben, ebenso wie die extremen Stadt-Land-Disparitäten, die auf Grund ihrer Komplexität durch politische Programme allenfalls allmählich vermindert werden können.

## 2.4 Ethnisch-religiös-kulturelle Faktoren

Die chinesische Gesellschaft erscheint auf den ersten Blick ethnisch sehr homogen. Mehr als 90% der Bevölkerung werden zu den *Han*-Chinesen gezählt. Darüber hinaus gibt es nach offizieller Zählung 55 nationale Minderheiten. Sie machten laut der Volkszählung des Jahres 2000 mit 106,43 Millionen Menschen zwar nur 8,4% der Bevölkerung aus, aber die von ihnen bewohnten „autonomen“ Regionen umfassen nahezu zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes. Vielfach bilden allerdings die Chinesen, die sich selbst als *Han* bezeichnen, die Bevölkerungsmehrheit in diesen Regionen.

In der chinesischen Nationalitätenpolitik werden Eigenarten wie Sprache, Schrift und Brauchtum zum Teil durchaus toleriert oder gefördert. Bei Geburtenplanung und Zugang zu höherer Bildung gibt es Sonderquoten für Angehörige ethnischer Minderheiten. Die Assimilation erfolgt über die Massenansiedlung von *Han*-Chinesen, die Durchdringung mit *han*-chinesischer Bildung und Kultur, die Einbindung in die von *Han* dominierten Partei- und Staatsstrukturen, das Verbot von „ungesunden“ Sitten und Bräuchen, die nicht der Moral der *Han* entsprechen, Eingriffe in Religion, „Modernisierung“ und Angleichung.

Gegenwärtig lassen sich vier zentrale Konfliktfelder unterscheiden: politische, ökonomische, kulturelle und soziale Konflikte.

### a) Politische Konflikte

Politische Konflikte beziehen sich vor allem auf das Fehlen echter Autonomie. Autonome Gebiete werden in der VR China nach den Prinzipien Territorium und Nationalität(en) definiert. Sie genießen bestimmte Sonderrechte, werden aber von der Zentrale streng kontrolliert. Die chinesische Nationalitätenpolitik nach 1949 wies durchaus Momente einer „destruktiven Konfliktaustragung“ auf, wie eine forcierte Assimilationspolitik, bevölkerungsmäßige Majorisierung ethnischer Gebiete durch Migration oder gezielte Verfolgung und Diskriminierung. Dies gilt vor allem für die radikalpolitischen Phasen der Mao-Zeit, primär für die Periode der Kulturrevolution. So wurden während der Kulturrevolution die Schriften sowie das Brauchtum vieler Minderheiten schlichtweg verboten, und in den Schulen durfte nur noch Chinesisch gesprochen werden. Moscheen und buddhistische Tempel wurden geschlossen und religiöse Würdenträger ebenso wie Gläubige verfolgt.

Zu Beginn der 1980er Jahre sah sich die chinesische Führung auf Grund der Unzufriedenheit in den Gebieten der Nicht-*Han*-Völker und im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung und „Modernisierung“ dieser Regionen zu einer moderateren Politik gezwungen. Die Verfassung von 1982 wertete die Minoritäten entsprechend auf, und ein „Autonomiegesetz“ von 1984 gestand ihnen formell die weitreichendsten Freiheiten seit Gründung der Volksrepublik zu. Die autonomen Regionen erhielten erweiterte Rechte bei der Wirtschaftsentwicklung, bei Schutz und Verwaltung ihrer Ressourcen, im Außenhandel, Bildungswesen und im kulturellen Bereich. Auch Ansätze zur Sonderbehandlung sind erkennbar, etwa was Subventionierung, Hochschulzugang, Geburtenplanung, Verwendung

---

<sup>61</sup> Vgl. Wang 2004.

von Sprachen und Schriften, teilweise auch kulturelle Spezifika anbelangt. Ferner gibt es schriftlich fixierte sowie prozentual festgelegte Vertretungsrechte für die ethnischen Minoritäten in den Parlamenten (Volkskongressen) aller Ebenen.

Trotz dieser rechtlichen Aufwertung der ethnischen Minoritäten existiert keine echte Autonomie. Erstens ist die Partei (gerade auch mit ihren Organisationen in den Autonomiegebieten) den autonomen Verwaltungsinstitutionen über- und vorgeordnet. Zweitens handelt es sich bei der Verfassung und dem Autonomiegesetz um „weiche“ Gesetze, weil es aufgrund mangelnder Rechtssicherheit, fehlender Rechtsinstitutionen (es existieren keine entsprechenden Verfassungs- und Verwaltungsgerichte) und der Überordnung der Partei über das Recht keine rechtlichen und politischen Instrumente zur Durchsetzung dieser Gesetze und ihrer Bestimmungen gibt. Drittens sieht das Autonomiegesetz in wichtigen Fragen wie Einwanderung von *Han*, Industrieansiedlung oder Schutz natürlicher Ressourcen keinerlei Mitspracherechte vor, so dass die Autonomie a priori begrenzt ist.

#### b) Ökonomische Konflikte

Von Armut vornehmlich betroffen sind die Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten, die ca. 60% des gesamten Territoriums Chinas ausmachen. Diese Gebiete zählen zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen. Zwar hat das ökonomische und technologische Defizit dieser Gebiete auch historische Ursachen und kann von daher nicht der gegenwärtigen Parteiführung allein angelastet werden. Gleichwohl hat eine an die Bedingungen jener Regionen nicht angepasste Entwicklungspolitik seit den 1950er Jahren die Kontinuität von Rückständigkeit begünstigt, und dies, obwohl ein Großteil dieser Gebiete aufgrund reicher Rohstoffvorkommen ein signifikantes Entwicklungspotenzial besitzt. Von der offiziellen Zahl von Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben rund 80% in Minderheitengebieten. Ein Fünftel der Angehörigen ethnischer Minoritäten gelten als „arm“. Fast die Hälfte aller von Peking offiziell als „Armutskreise“ eingestuften Kreise liegt in Minoritätengebieten.<sup>62</sup> Trotz aller Wachstumsraten auch für die autonomen Gebiete haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minoritäten und den *Han*-Gebieten<sup>63</sup> im Verlauf der Reformära vergrößert, gehen die Anteile des industriellen Bruttoproduktionswerts (BPW) am gesamten industriellen BPW Chinas seit Ende der 1980er Jahre kontinuierlich zurück.

1981 betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts des minderheitenstarken Westteil Chinas 90%, das pro-Kopf Einkommen 69% dessen des Ostteils. Bis Anfang der 1990er Jahre hatten sich diese Prozentsätze im Hinblick auf den von Minderheiten bewohnten westchinesischen Siedlungsraum bereits auf 50 bzw. 50,5% verringert.<sup>64</sup> An dieser wachsenden Kluft hat sich bislang nichts grundlegend geändert. Nach wie vor liegt das pro-Kopf-Einkommen in allen autonomen Gebieten bzw. Provinzen mit starkem Minoritätenanteil unter dem nationalen Durchschnitt, wobei der Abstand gegenüber dem Osten weiter kontinuierlich zunimmt.

Nun sind zwar seit Gründung der Volksrepublik China beachtliche Subventionsmittel in diese Gebiete geflossen, aber weitgehend für eine Entwicklung, die entweder verfehlt war, weil sie den lokalen und regionalen Bedingungen nicht entsprach oder im Interesse der *Han*-Gebiete (Erschließung von Rohstoffquellen für die Industrie Ostchinas) war. Die Reformära hat zugleich zu einer Verringerung der staatlichen Subventionsleistungen der Zentrale, zu massiver Abwanderung von Fachkräften, vor allem in die prosperierenden Küstenregionen

---

<sup>62</sup> Weng/Zhang/Qu et al. 1995, S. 216/217.

<sup>63</sup> Die „*Han*“ bilden die ethnische Mehrheit in China.

<sup>64</sup> Weng et al. 1995, S. 210.

mit höheren Einkommen und besserem Lebensstandard geführt. Auch die Investitionsleistungen in die Minoritätengebiete haben sich signifikant verringert. Die wenigen Staatsbetriebe stehen vor dem Ruin, neue Arbeitsplätze werden kaum geschaffen. Zudem sind die Investitionen in die autonomen Gebiete (die ca. 60% des chinesischen Territoriums umfassen) an den Gesamtinvestitionen in Chinas in den letzten Jahren zurückgegangen.<sup>65</sup>

Alle autonomen Gebiete und Provinzen mit hohem Minderheitenanteil hängen am Tropf der Zentralregierung. Mit einer Ausnahme hat sich der Anteil der selbsterwirtschafteten Finanzeinnahmen der einzelnen Gebiete am Gesamtfinanzbedarf in den 1990er Jahren stetig verringert (mit Ausnahme Xinjiangs).

Die Verschlechterung dürfte vor allem mit der Erodierung der Staatsbetriebe, deren prozentualer Anteil an den Betrieben aller Eigentumsformen in den Minoritätengebieten besonders hoch ist, dem Rückgang der Investitionen in diese Gebiete und dem allgemeinen Preisanstieg, dem kein entsprechender Einnahmewachstum aus anderen Quellen gegenüberstand, zusammenhängen. Die zunehmenden Transfusionen aus zentralen Mitteln haben die Abhängigkeit der Minoritätenregionen von der Zentralregierung noch verstärkt.

Bereits 1990 hatten Delegierte aus den Minderheitenregionen auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses vor dem Entstehen einer „neuen Vierten Welt“ innerhalb Chinas gewarnt, womit sie auf die alarmierende Entwicklung in den Minderheitenregionen hinweisen wollten.

#### c) Kulturelle Konflikte

Unzufriedenheit mit politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen verstärkt sich durch Eingriffe in Sitten, Brauchtum und religiöse Glaubensvorstellungen. Das Kernproblem der Kulturpolitik Chinas ist die Unterscheidung zwischen „gesundem“ und „ungesundem“ Brauchtum seit den 1950er Jahren. Ungesundes soll beseitigt oder „reformiert“, gesundes bewahrt werden. Da nie eine eindeutige Definition für „gesund“ oder „ungesund“ gegeben wurde, waren und sind immer wieder willkürliche Eingriffe möglich.

#### d) Soziale Konflikte

Durch die soziale und räumliche Mobilisierung kommt es zu einer verstärkten Zuwanderungen von *Han*-Chinesen in Minoritätengebiete, die vielfach ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung Wälder abholzen, nach Edelmetallen schürfen oder Kohle abbauen, bei gleichzeitiger Abwanderung von Fachkräften (Techniker, Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer) in die prosperierenden Küstengebiete.

Ein wichtiges Moment der Unzufriedenheit ist die steigende Arbeitslosigkeit in den Minoritätengebieten infolge der bevorzugten Einstellung von *Han* in den Staatsbetrieben mit dem Argument, Minoritätenangehörige besäßen ein niedriges Bildungsniveau, seien faul und arbeitsunwillig und sprächen und verstünden nur schlecht Chinesisch. Beschäftigte, die einer ethnischen Minorität angehören, werden oftmals schlechter bezahlt, verrichten minderwertigere Tätigkeiten und besitzen geringere Fortbildungschancen als *Han*. Die Kreditvoraussetzungen für Betriebe in Minderheitengebieten und für private Unternehmer, die einer ethnischen Minderheit angehören, sind erheblich strenger als für andere.

Modernisierungsprozesse und sozialer Wandel erzeugen ein Gefühl unterschwelliger Bedrohung, weil die damit verbundene Zuwanderung von *Han*, die Abwanderung von Angehörigen der eigenen Ethnie, die industrielle Erschließung der Minderheitengebiete sowie

---

<sup>65</sup> Ibid., S. 216f.

die Erodierung der eigenen Kultur (Geringschätzung von eigenen Trachten, Bräuchen und Sprachen vor allem unter der Jugend) die Integration und Konsistenz der einzelnen Ethnien zu schwächen scheint.

Auch das im Jahr 2000 in Gang gesetzte *Go-West*-Programm, mit dem der Westteil Chinas, in dem der Großteil der ethnischen Minoritäten lebt, erschlossen werden soll, hat bei vielen Völkern Befürchtungen ausgelöst. Dazu zählen weitere massive Zuwanderungen von *Han*-Chinesen, die Zerstörung der traditionellen Kultur und der heimischen Ökologie, letztlich die beschleunigte Assimilierung.

Die ethnischen Minderheiten reagieren unterschiedlich auf diese Herausforderungen. Bei einigen Gruppen wächst das Selbstbewusstsein eigener ethnischer Identität. Bei Teilen schlägt Ethnizität in Widerstand um, bis hin zum Entstehen separatistischer Bewegungen. Vor allem bei einigen kleineren Nationalitäten hat sich eine Tendenz zur Resignation und der Anpassung an die *Han* entwickelt. Zum Teil – wie bei den nordostchinesischen kleinen Jägervölkern (Ewenken, Oroqen, Dahuren, Hezhe) – haben der von den Behörden erzwungene Wandel im Wirtschaftsleben (Zwangssesshaftmachung mit erzwungener Umwandlung von Nomaden sowie Jägern und Sammlern in Ackerbauern) sowie der „Kulturschock“ aufgrund des Verbots traditioneller Rituale und Praktiken bzw. Eingriffe in das Brauchtum diese Völker zerstört. Nicht anders als bei anderen indigenen Völkern weltweit werden diese Gruppen durch Alkoholismus, Selbstmorde und Krankheiten dezimiert.

Unter den ethnischen Minoritäten gibt es verschiedene, aktive und passive Widerstandsformen, gewalttätige und gewaltfreie, formelle und informelle. Sieben Hauptformen lassen sich ausmachen: das Entstehen separatischer Bewegungen, aktiver und passiver lokaler Widerstand, Revitalisierung von Religion, grenzüberschreitende Abwanderung, Migration sowie Anpassung an das *han*-chinesisch dominierte Umfeld.

Die Einwanderung von *Han*-Chinesen in die Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten gehört zu den Kernfaktoren der Unzufriedenheit vieler ethnischer Minderheiten mit der Politik der Zentralregierung. Das o.g. Autonomiegesetz sieht hier keinerlei Beschränkungsrechte vor. In der Inneren Mongolei z.B. stieg der Anteil der *Han* zwischen 1958 und 1968 gegenüber den Mongolen von 6:1 auf 12:1. Im Autonomen Gebiet Xinjiang der Uiguren nahm der *Han*-Anteil von 6,2% (1953) auf fast 40% (1973) zu. Schätzungsweise 12,25 Millionen *Han* sollen zwischen 1953 und 1970 aus anderen Landesteilen allein in den Nordwesten umgezogen sein. Die Migration erfolgte vorwiegend durch Umsiedlung von *Han* aus den bevölkerungsdichten Zentren Ostchinas, Stationierung von Armee-Einheiten, Verschickung von städtischen Mittelschulabgängern in diese Gebiete und durch inoffizielle Einwanderung.

Von den 15 Millionen Migrantinnen, die in den Nordwesten und Nordosten übersiedelten, sollen zwei Drittel „blind“, d.h. ohne behördliche Genehmigung eingewandert sein. Vor allem während der Hungersnot 1959-61 kamen große Scharen aus den überbevölkerten Ostregionen in das von der Hungersnot nicht betroffene Xinjiang. Der Nordwesten, vorwiegend Viehzuchtgebiet, nahm durch die Migrantinnen, die Weidegebiete in Ackerland verwandelten sowie durch die planwirtschaftlichen Versuche, die Produktion ohne Rücksicht auf die Natur in die Höhe zu treiben, schweren Schaden. Die zum Teil rücksichtslose Urbarmachung und die für den Ackerbau notwendige Bewässerung führten zur Austrocknung von Flüssen und Binnenseen, die Überweidung der Graslandschaften zu Desertifikation. Zunehmende Versalzung und Vegetationsrückgang waren die Folgen nicht-angepasster Wirtschaftspolitik und rein quantitativen Wachstumsdenkens. Hier lassen sich durchaus Parallelen zur Entwicklung in der Sahel-Zone feststellen.

Bekannt ist weiter, dass durch die Kernwaffenversuche im Atomtestgelände Lop Nor in Xinjiang große Teile Xinjians durch radioaktive Niederschläge verseucht wurden. In geheimgehaltenen Berichten werden die Zunahme von Krebserkrankungen in Xinjiang und der Zahl von Kindern, die mit körperlichen Schäden geboren werden, mit diesen Tests in Verbindung gebracht. Die Bürgerbewegung gegen Atomtests in der benachbarten Sowjetrepublik Kasachstan zeigte auch Wirkung in Xinjiang, obgleich es an einer gleichartigen Bewegung schon aufgrund der politischen Repression in China bislang fehlt.

Wie katastrophal es um Umwelt und Ökologie in vielen Minderheitengebieten bestellt ist, zeigt auch ein Bericht über den Autonomen Bezirk Qiandongnan der Miao und Dong in der südwestchinesischen Provinz Guizhou. Danach hängen die außerordentlich hohe Zahl an Krankheiten, die im Vergleich zum Landesmaßstab niedrige Lebenserwartung und die schlechte physische Verfassung von Kindern und Säuglingen u. a. mit dem hohen Grad an industriebedingter Umweltverschmutzung zusammen. 86% aller Oberflächengewässer und über 90% der Gewässer unter der Erdoberfläche sollen dort 1987 bereits durch Industrieabwässer verschmutzt gewesen sein.

In Tibet sind weniger industrielle Abfälle und Umweltverschmutzung Probleme als der Raubbau an der Natur. Die Tierwelt wurde durch die Chinesen drastisch dezimiert (Tibeter lehnen das Töten von Tieren aus religiösen Gründen ab). Riesige Waldgebiete wurden abgeholzt, das Holz nach Innerchina transportiert und das Hochland zudem überweidet. Ähnliche Berichte gibt es auch aus anderen Nicht-*Han* Regionen.

Die „autonomen Regionen“ haben bislang keinerlei rechtliche oder politische Möglichkeiten, sich gegen diese Zuwanderungs-, Zerstörungs- und „Entwicklungspolitik“ zu wehren. Allerdings ist unter chinesischen Wissenschaftlern in den letzten Jahren eine Diskussion über die Ausweitung von Selbstverwaltungsrechten entstanden, die auch die Einbeziehung der Zuwanderungs- und Umweltschutzfrage vorsehen und stärkere rechtliche Sicherheiten für die ethnischen Minderheiten vorschlagen.<sup>66</sup>

Von den verheerenden Umweltkatastrophen sind zu einem großen Teil auch Siedlungsgebiete ethnischer Minderheiten betroffen wie Entwaldung (Tibet, Yunnan, Sichuan), Desertifikation (Xinjiang, Innere Mongolei, Nordwestchina), Abschmelzung von Gletschern (Tibet, Xinjiang, Qinghai). Die Einwanderung von *Han* in die Siedlungsgebiete der Minoritäten verstärkt die Konflikte um Ressourcenauseinandersetzung (Ackerbauern versus Viehzüchter; staatliche Energieförderer, die Umwelt und Ökologie zerstören; Rohstoffexploration versus religiös motivierte Bewahrung der Natur z.B. im tibetischen Buddhismus). Schon jetzt wandern junge Angehörige ethnischer Minderheiten in die Städte ab, weil die Verschlechterung der Bodenqualität, der Rückgang der Anbauflächen und Erträge ihnen kein Auskommen in der Landwirtschaft mehr bietet. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu eskalierenden Konflikten zwischen der *Han*-Bevölkerung in großen Städten und armen ethnischen Zuwanderern, denen der Anstieg an Kriminalität und Drogenhandel in den Städten in die Schuhe geschoben wurden. Das Thema Umwelt impliziert daher einen Anstieg ethnischer Konflikte, falls es der Regierung nicht gelingt, die entsprechenden Probleme zu lösen.

#### **2.4.1 Öffentliche Meinung und wachsende Umweltproteste**

---

<sup>66</sup> Vgl. z.B. Ma Rong 2004. Mehr zu dieser Problematik: Heberer 2001.

Chinesische Meinungsumfragen der letzten Jahre haben verdeutlicht, dass Stadtbewohner und vor allem Jüngere und Gebildete dem Umweltschutz einen zunehmend wichtigeren Stellenwert einräumen. Das Internet, mittlerweile mit die wichtigste Informationsquelle im urbanen Raum, trägt zur Aufklärung nicht nur über Umweltschäden und ihre Folgen, sondern auch über Alternativen bei. Die Reorganisation der Städte in den letzten Jahren zu sogenannten „Nachbarschaftsvierteln“ (*Shequ*) trägt ebenfalls dazu bei, die Umweltfrage ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Die Erhaltung bzw. Verbesserung der Umweltbedingungen in den Wohnvierteln, die Festlegung von Umweltstandards und Aufklärungsarbeit zur Erhöhung des Umweltbewusstseins der Bewohner zählen zu den zentralen Aufgaben der Wohnviertel. Jedes Viertel muss dafür jährlich einen „Umweltplan“ aufstellen.<sup>67</sup> Eine chinesische Umfrage in der südostchinesischen Stadt Shenzhen (die sich als Wirtschaftszone als besonders moderne Stadt versteht) von 2005 zeigt, dass mehr als 46% der befragten Stadtbewohner erklärten, an Begrünungs- und Umweltaktivitäten teilgenommen zu haben.<sup>68</sup>

Im ländlichen Raum kommt es durch Verseuchung von Böden und Flüssen durch Industriegifte zu materiellen Schäden, die die Landbevölkerung auf die Barrikaden gehen lassen. Auch hier wächst das Bewusstsein, dass der Staat sich mehr für Umweltschutz stark machen muss.

Der verheerende Chemieunfall am nordostchinesischen Songhua-Fluss Ende 2005, bei dem Krebs erzeugende Chemikalien den Fluss verseuchten, war nur ein Hinweis auf die steigende Zahl eklatanter Umweltkatastrophen. Vor allem im ländlichen Raum, wo die Menschen Umweltschäden materiell direkt zu spüren bekommen, wächst die Zahl der umweltbedingten Proteste. Im Jahre 2005 soll es 510.000 Konflikte um Fragen der Umweltverschmutzung in China gegeben haben, erklärte der Leiter der chinesischen Umweltschutzbehörde SEPA. Die Zahl der Beschwerden bei der SEPA steige ständig an.<sup>69</sup>

Dass die Zahl der Beschwerden steigt, weist auch auf ein zunehmendes Umweltbewusstsein unter der Bevölkerung hin. Es sind vor allem die o.g. NGOs sowie eine wachsende Zahl studentischer Umweltgruppen, die hier kontrollierend und überwachend tätig werden. An 176 Universitäten in 26 Provinzen soll es 2006 solcher Gruppen gegeben haben.<sup>70</sup> Westliche Sozialwissenschaftler diskutieren darüber, welche Wirkungsweise solche Organisationen und Aktivitäten entfalten könnten. Während die einen meinen, auch die chinesische Umweltbewegung sei grundsätzlich konfliktär angelegt, müsste mit dem Staat in Konflikt geraten und werde sich letztlich als Akteur politischen Wandels erweisen<sup>71</sup>, gehen die anderen davon aus, dass die Umweltbewegung auf Grund rigider staatlicher Kontrolle eher zaghaft agiere und größerer Einfluss letztlich voraussetze, dass sie eben nicht konfrontativ handelten.<sup>72</sup> Die Realität dürfte in der Mitte zwischen beiden Auffassungen liegen.

Die Umweltbewegung arbeitet meist unter Bedingungen, bei denen sie von lokalen Behörden, die ihre eigenen, mit den Umweltstandards häufig nicht zu vereinbarenden Ziele verfolgen wollen, unterdrückt oder bekämpft wird; der Zentralstaat hingegen braucht diese Bewegung, weil er die Umweltpolitik nicht allein auf dem administrativen Weg durchzusetzen vermag. Solange die Umweltbewegung nicht konfrontativ gegen den *party-state* vorgeht, sondern sich vornehmlich gegen Politik- und Gesetzesverstöße auf der lokalen Ebene wendet, wird sie vom

---

<sup>67</sup> Yan Zheng 2004, S. 338f. und eigene Feldforschung in den Jahren 2003-2005.

<sup>68</sup> Vgl. Zeitschrift *Shequ* (Nachbarschaftsviertel), 1-2/2006, S. 33.

<sup>69</sup> Yan Shihui 2005, S. 184; *China aktuell*, 3/2006, S. 129.

<sup>70</sup> Vgl. Stalley/Yang 2006, S. 335.

<sup>71</sup> Z.B. *Economy* 2006.

<sup>72</sup> Ho 2001.

Zentralstaat unterstützt. Würde sie sich dagegen konfrontativ gegen das politische System verhalten, würde der Staat diese Aktivitäten relativ rasch unterdrücken. In gesellschaftlich-politischen Umbruchsphasen könnte allerdings das kooperative in konfrontative Aktivitäten umschlagen. Die Umweltbewegung wäre dann eine von vielen sozialen Bewegungen und *change agents*. Die Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion und in anderen ehemals sozialistischen Ländern hat gezeigt, dass in Phasen politischen Umbruchs sich selbst über Umweltvereinigungen Alternativstrukturen herauszubilden vermögen. Diese können sich sogar zu Proto-Parteien entwickeln oder als ad-hoc-Gruppen lokale Einflussphären besetzen, die von der KP nicht mehr ausfüllbar sind.

Dass das Umweltbewusstsein zunächst unter der akademischen Jugend gewachsen ist, belegen auch sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Stalley und Yang haben z.B. festgestellt, dass Studierende den Umweltschutz als zentrale Aufgabe begreifen und dass deren Umweltbewusstsein dem von Studenten in anderen Ländern nicht nachsteht. Die Mehrheit der Befragten in ihrer Untersuchung ging davon aus, dass sich die Umweltprobleme in den kommenden Jahren entschärfen werden (53,4%), während lediglich 21,0% eine weitere Verschärfung erwarteten. Unter der Gesamtbevölkerung zeigten sich (1999) 45.8% der allgemeinen Bevölkerung von einer Verbesserung überzeugt, während nur 11,6% von einer Verschlechterung ausgingen.<sup>73</sup> Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Umweltbewusstsein unter weiten Bevölkerungsteilen und vor allem unter Funktionären noch sehr gering ist.

Gegenwärtig ist es vornehmlich die Landbevölkerung, die sich gegen industrielle Umweltverschmutzung zur Wehr setzt (im Jahre 2005 70% aller Fälle). Dies hängt auch mit dem Umstand zusammen, dass die umweltverschmutzenden Industrien in den letzten Jahren von vielen Städten in die ländlichen Vororte verlegt worden sind.<sup>74</sup> Mehr Informationen über die Folgen von Umweltzerstörung (auch über das Internet, die Medien und Umweltgruppen) und zunehmende Aufklärung dürften in den nächsten Jahren auch im urbanen Raum zu einer Zunahme der Umweltproteste führen, jedenfalls dort, wo lokale Regierungen den Umweltschutz vernachlässigen.

## 2.5 Staat und öffentlicher Sektor

Unsere Ausführungen verdeutlichen, dass die ökologischen Defizite und Probleme in den letzten Jahren von der politischen Führung durchaus erkannt wurden und stärker in den politischen und rechtlichen Blickpunkt gerückt sind. Ein Staatswesen, das nicht nur entwicklungspolitisch erfolgreich sein will, sondern auch in der Lage ist, die ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, benötigt u.E. eine Reihe von Voraussetzungen wie Staatskapazität, pragmatische Lösungsansätze und eine Entwicklung, die über rein ökonomistische Aspekte hinausgeht. Ein Zukunftsszenarium erfordert von daher eine einschätzende Bewertung des Kapazitäts- und Governancepotenzials Chinas.

Wir argumentieren hier, dass China sich gegenwärtig in einer Phase befindet, die sich durch fünf Charakteristika auszeichnet, die auch für die Umweltfrage von signifikanter Bedeutung sind:

- 1) Eine Abnahme der Rolle der „traditionellen“ marxistisch-leninistischen Ideologie. Diese wird abgelöst von ökonomischem, sozialem, politischem und auch ökologischem

---

<sup>73</sup> Stalley/Yang 2006.

<sup>74</sup> Vgl. Yan Shihui 2005, S. 185.

Pragmatismus. Die marxistisch-leninistische Ideologie war nicht nur eng mit gesellschaftlichen Konflikten verbunden wie „Revolution“ oder „Klassenkampf“, wobei die heutige politische Führung sich durchaus bewusst ist, dass Konflikte die politische und gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigen. Sie räumte auch der Umwelt eine nachgeordnete Rolle ein, weil sie vorrangig die Entwicklung der „Produktivkräfte“ (im Sinne industrieller Entwicklung und Technologie) betrieb, Umweltfragen aber hinten stellte.

- 2) Das Entstehen neuer sozialer Akteure wie privater Unternehmer, von Mittelschichten, Interessen- und strategischen Gruppen oder Internet *Chatgroups* erfordert, dass die KP ihre Rolle in der Gesellschaft neu definiert. Auch diese neuen gesellschaftlichen Akteure erkennen zunehmend die Bedeutung des Umweltschutzes für sich selbst.
- 3) Eine neue politische Elite, d.h. eine neue, innovativ technokratisch-manageriale Schicht hat sich herausgebildet, die zwar primär an Wirtschaftsentwicklung interessiert ist, aber zunehmend die Kosten für die Umwelt entdeckt und hier ein stärkeres Gleichgewicht sucht.
- 4) Wir sind Zeuge des Wiederaufstehens einer kritischen Intelligenz, die den *party-state* nicht bekämpft, sondern seine Strukturen und *Governance*-Kapazität zu stärken sucht, auch im Umweltbereich.
- 5) Es vollzieht sich die Herausbildung lokaler und translokaler gesellschaftlicher Gruppen (NGOs, Verbände) ebenso wie das Wiederaufleben traditionaler Organisationen (z.B. Landsmannschaften oder Clans) oder „moderner“ Organisationen wie Verbänden von Unternehmern oder von Berufsgruppen, die zunehmend Partizipation in und Einfluss auf das politische System beanspruchen, auch im Hinblick auf Umweltfragen.

Von daher ist China kein homogenes autoritäres Gebilde, sondern steht vielmehr für ein System des *fragmentierten Autoritarismus*. Dieser zeichnet sich wiederum durch fünf Besonderheiten aus:

- 1) Unterschiedliche Akteure nehmen Einfluss auf den politischen Input und Output: der Zentralstaat, die Provinzen, der lokale Staat, das Militär, neue soziale Schichten, neue soziale Organisationen, die öffentliche Meinung usw.
- 2) Der chinesische *party-state* ist keine homogene Einheit, sondern ein sehr disparates Gebilde. Das Konzept eines „homogenen Staates“ muss analytisch dekonstruiert werden. Der Staat beruht auf der Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft. Zugleich untergliedert er sich in horizontale und vertikale Ebenen, Strukturen und Organisationen. Auch in China stellt sich der „Staat“ als ein Ensemble verschiedener Organisationen dar, die mit der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen interagieren und die durch verschiedene Spannungen und Konflikte geprägt sind. Diese Erkenntnis ist wichtig um zu begreifen, dass für Umwelt- und ökologische Schäden nicht der Zentralstaat alleine verantwortlich ist, sondern häufig lokale Behörden im Interesse lokaler Wirtschaftsentwicklung Umweltgesetze und -bestimmungen umgehen. Von daher gibt es in vieler Hinsicht einen Zielkonflikt zwischen zentralem und lokalem Staat und ein Verweis z.B. auf Gesetzesinitiativen der zentralstaatlichen Ebene sagt oftmals nichts über deren tatsächliche Implementation aus.
- 3) Innerhalb Chinas finden wir viele verschiedene gesellschaftliche „Modelle“ (wir bezeichnen diese Vielfalt in Anlehnung an das Hongkonger Modell als „ein Land, tausend Systeme“). Im Dorf Nanjie in der Provinz Henan z.B. sind die Bewohner zu einem neokommunistischen Modell mit einem ausgeprägten Mao-Kult und einem singulären Eigentumssystem zurückgekehrt, das allein Kollektivwirtschaft duldet. Nur wenige Kilometer entfernt finden wir das genaue Gegenteil: Ein Dorf mit ausschließlicher Privatwirtschaft, dessen Dorfleitung sich weitgehend aus Privatunternehmern

zusammensetzt.<sup>75</sup> Das Nebeneinander solcher Modelle, die von der politischen Führung in ihrer Vielfalt akzeptiert werden, verdeutlicht diese Fragmentierung. Modellvorhaben finden sich mittlerweile auch im Umweltbereich: Seien es die Städte, die am „Environment Model City Project“ teilnehmen, einem chinesisch-japanischen Kooperationsprojekt, oder das Projekt „China Environment Friendly Enterprises“, das sich auf Unternehmen bezieht.

- 4) Verhandlungen und weniger Zwang sind heute entscheidende Instrumente politischer Willensbildung und Entscheidung. Auf diese Weise entsteht ein institutioneller Pluralismus, der heute auch den Umweltbereich umfasst (NGOs, Umweltgruppen).
- 5) Es entsteht in zunehmendem Maße eine öffentliche Sphäre, nicht zuletzt über das Internet sowie NGOs oder GONGOS (government organized NGOs). Die öffentliche Meinung wirkt zunehmend auf die Politikformulierung, auch im Umweltbereich, ein. Die Umweltaufklärungsarbeit in Schulen, Hochschulen, Wohnvierteln und Medien stärkt die Einwirkung der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht.

China lässt sich von daher als ein „developmental state“ charakterisieren. *Developmental states* können als „zielorientierte“ Staaten mit ausgeprägtem Willen zur Entwicklung verstanden werden.<sup>76</sup> Zahlreiche Entwicklungen belegen diese These, nicht zuletzt die erfolgreiche ökonomische Entwicklung seit den 1980er Jahren. *Developmental states* wissen aber auch, wann Politikwechsel eingeleitet werden müssen: So fand aus Gründen erfolgreicher Entwicklung z.B. ein Wechsel von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft statt, wurde der Klassencharakter der herrschenden Partei aufgegeben (KP als Vertreterin des gesamten chinesischen Volkes) und ein Agenda 21-Programm verabschiedet.

In den 1980er Jahren ist sich die chinesische Führung der Tatsache bewusst geworden, dass eine zentrale Planung viele Menschen ausschließt, die an einer gemeinsamen nationalen Aufgabe mitwirken wollen (z.B. Unternehmer), während eine Marktwirtschaft die Mitwirkung solcher Menschen explizit einschließt. Der chinesische *developmental state* ist ein Beispiel dafür, in welcher Weise politische Macht positiv und effektiv zu ökonomischer Entwicklung beizutragen vermag, z.B. durch strukturellen Wandel, durch kluges politisches Management der Wirtschaft sowie institutionelle Erneuerung. All dies ist auch eine wichtige Voraussetzung für funktionierenden Umweltschutz und eine umweltgerechte Ordnungspolitik.

Darüber hinaus verfügt der chinesische *party-state* über Staatskapazität. Staatskapazität umfasst fünf Elemente: (a) *Legitimität*, im Sinne der Akzeptanz der Rechtmäßigkeit des politischen Systems durch die Bürger; (b) *Steuerungs- und Kontrollkapazität* im Hinblick auf politische Steuerung und soziale Kontrolle; (c) *Durchsetzungsressourcen* (Finanz-, Zwangs- und Personalressourcen); (d) *Verhandlungskapazität*, d.h. die Fähigkeit, neue soziale Gruppen, Organisationen und Vereinigungen in Verhandlungsprozesse einzubeziehen und einen Ausgleich zwischen verschiedenen Partikularinteressen zu suchen; und (e) *Lernkapazität*, die Fähigkeit, aus Fehlern und Fehlentscheidungen Rückschlüsse für die künftige Politik zu ziehen. Zumindest verdeutlichen die Umweltmaßnahmen des *party-state* in den letzten Jahren, dass er auch an ökologischer Kapazität interessiert ist, nicht nur aus Gründen der Außenwirksamkeit, sondern vor allem auch im Interesse innerer Legitimität. Diese Staatskapazität halten wir für einen zentralen Faktor für die Durchführung eines erfolgreichen Entwicklungsprogramms, für eine erfolgreiche Behandlung innerer Probleme und Konflikte sowie für ein erfolgreiches Programm der Nachhaltigkeit.

---

<sup>75</sup> Vgl. Heberer/Jakobi 2002, S. 89-124.

<sup>76</sup> Vgl. Woo-Cumings 1999.

*Politischer Pragmatismus* ist ein zentrales Kennzeichen der chinesischen politischen Kultur und Entwicklung. Dieser Pragmatismus weist vier Spezifika auf:

In der *ökonomischen Sphäre* zeigt er sich u.a. an der erfolgreichen Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft und an der Ökonomisierung von Politik ohne gleichzeitigem Wechsel des politischen Systems. Mit Ökonomisierung von Politik meinen wir, dass ökonomische Ziele die politischen Entscheidungen und die Aktivitäten der Entscheidungsträger von der zentralen bis zur lokalen Ebene prägen. Ökonomische Performanz und wirtschaftliche Entwicklung sind heute entscheidend für das Wirken von Funktionären und ihren Karriereverlauf.

*Politisch gesehen* hat sich die Kommunistische Partei von einer Klassen- zu einer Volkspartei entwickelt. Dies verdeutlicht nicht nur die soziale Zusammensetzung, wobei der Prozentsatz der Arbeiter und Bauern seit den 1980er Jahren signifikant ab-, der Anteil der Professionals und Beamten hingegen deutlich zunimmt; unterstrichen wird dies auch durch die Formel der „Drei Vertretungen“ des früheren Parteichefs Jiang Zemin, die mittlerweile auch in der Verfassung verankert wurde. Sie besagt u.a., dass die KP nicht mehr Klassen, sondern „das gesamte chinesische Volk repräsentiert“.

*Ideologisch* gesehen wurde der Marxismus-Leninismus zuerst „sinisiert“, d.h. an die praktischen Problemkonstellationen und die politische Kultur Chinas angepasst. In den 1990er Jahren wurde das Ideologiegebäude dann durch die „Deng Xiaoping Theorie“ ergänzt. Die Letztere stellt indessen keine „Theorie“ dar, sondern einen Satz praktischer Handlungsanweisungen. Ende 2004 wurde dann ein neues Ziel aufgestellt, das der Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“, das an die Stelle der Errichtung einer „kommunistischen Gesellschaft“ trat.

Auch der Umweltbereich profitiert von diesem Pragmatismus. Nicht mehr nur die Steigerung der Wirtschaftskraft, sondern auch Erfolge im Umweltschutz sollen künftig zu den Bewertungskriterien von Funktionären gehören. Und der Begriff der harmonischen Gesellschaft wird ausdrücklich auch auf die Schaffung ökologischer Nachhaltigkeit bezogen.<sup>77</sup>

Die *Legitimität des Systems* basiert nicht mehr auf einer Ideologie, sondern wird funktional begründet: mit dem Versprechen Entwicklung, Modernisierung und nationale Stärke zu realisieren, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität sicherzustellen und Schaffung einer „sozialistischen Demokratie“ und einer „Rechtsherrschaft“. Mit wachsendem Umweltbewusstsein der Bevölkerung wird das Moment des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit auch für die Legitimität der Parteiherrschaft immer wichtiger.

Die zentrale Führung und somit das politische System besitzen unter der Bevölkerung *Legitimität* und *Vertrauen*. Dabei unterscheiden die Menschen zwischen der Legitimität der Zentralbehörden und der der lokalen Behörden. In die Ersteren setzen sie Vertrauen, in die Letzteren nicht oder in deutlich geringerem Maße. Nach Untersuchungen chinesischer und westlicher Sozialwissenschaftler zufolge (darunter auch unsere eigenen) unterstützt die große Mehrheit der Bevölkerung das gegenwärtige politische System.<sup>78</sup> Diese Unterstützung gründet sich auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die staatliche Kapazität zur Erreichung nationaler Ziele (wie die Wiedereingliederung Hongkongs und Macaos oder ein erfolgreiches Raumfahrtprogramm) sowie auf die Bewahrung politischer Stabilität, d.h. einer

---

<sup>77</sup> Wu/Zhang 2005, S. 364ff.

<sup>78</sup> Vgl. dazu u.a. Tang 2005, S. 76ff. und 102.

stabilen Ordnung, sowie auf die Überzeugung, dass der *party-state* China vor einem Schicksal wie das der Sowjetunion bewahrt hat. Auch hier wird die Frage der Umweltpolitik zunehmend Teil der Vertrauensfrage werden.

Das politische System kann nur überleben, wenn es sich als fähig erweist, die dringenden gesellschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Probleme zu lösen (Sicherstellung von politischer Stabilität, Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, soziale und öffentliche Sicherheit, zunehmende politische Liberalisierung und Verrechtlichung sowie ökologische Nachhaltigkeit). In einer komplexen und sich zunehmend differenzierenden Gesellschaft reicht es nicht aus, wenn eine politische Führung versucht, Entscheidungen vertikal und hierarchisch durchzusetzen. Zunehmende Klagen, dass die unteren Verwaltungsebenen (Provinzen, Städte und Kreise) zentral beschlossene Politik nicht mehr durchführen, verdeutlicht diese Problematik. Es bedarf von daher zunehmend der Zulassung einer „Öffentlichkeit“ auch im Umweltbereich, die nicht nur für Transparenz und mehr gesellschaftliche Kontrolle sorgt, sondern auf lokaler Ebene auch partizipativ mitgestalten kann. Partizipation ist dabei nicht mehr nur ein Mittel zur Verbesserung der Qualität der *policies* und ihrer Umsetzung, sondern auch ein Mittel zur Konfliktreduzierung.

Ohne Öffentlichkeit und mitwirkende Gestaltung der Bevölkerung werden sich auch die ökologischen Probleme Chinas nicht lösen lassen. Gegenwärtig steht der *party-state* jedoch vor der Situation, dass sich die Menschen an Partizipation noch relativ wenig interessiert zeigen und dass die Zahl der „Freiwilligen“, die bereit sind, sich im sozialen Bereich zu engagieren, eher noch gering ist. Von daher bemüht er sich z.B. im urbanen Raum um die Schaffung neuer „Gemeinschaften“ und um die Mobilisierung derjenigen, die ökonomisch oder organisatorisch abhängig sind (wie der Sozialhilfeempfänger, d.h. der sozial Schwachen, oder der Parteimitglieder). Eine saubere Umwelt und umweltverträgliches Verhalten sowie die Erziehung dazu zählen – wie oben dargelegt – zu den Kernaufgaben der neuen städtischen Wohnvierteln (der „Nachbarschaftsviertel“). Dabei versucht der *party-state* das fehlende Bewusstsein unter der Bevölkerung durch Mobilisierung „von oben“ nicht nur zu initiieren, sondern auch mittelfristig einzuüben. Der „Überbau“ soll auf die „Basis“ einwirken und diese verändern.

Das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“, das die chinesische Führung Ende letzten Jahres ins Leben gerufen hat, steht in engem Zusammenhang mit diesem Modell. Im Rahmen dieses Konzeptes soll dem Umweltschutz und -bewusstsein nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der Bürgerebene mehr Raum gegeben werden (chinesische Agenda 21). Die harmonische Gesellschaft soll dabei die Kontrastgesellschaft zu einer neoliberalen Marktgesellschaft bilden, wobei die Letztere durch Maximierung von Profit, Reichtum, Konsum und Umweltzerstörung gekennzeichnet ist.

Durch Ausweitung der Transparenz auf lokaler Ebene und die Reformierung des Verwaltungssystems geht der *party-state* zunehmend von „governing“ zu „governance“ über. Das betrifft auch Umweltfragen. Auch wenn damit keine Demokratisierung Chinas intendiert ist, so können die damit verbundene Effektivierung und Verrechtlichung der Ein-Partei-Herrschaft, die Zunahme an politischer Berechenbarkeit, die bewussteinsschaffende Mobilisierung dazu beitragen, die Herausforderungen auch im ökologischen Bereich anzugehen und zu meistern.

## 2.6 Wirtschafts- und Infrastruktur

China weist seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978/79 eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung auf, die davon gekennzeichnet ist, dass das Konzept der weitgehenden internationalen Abschottung der chinesischen Wirtschaft unter Mao aufgegeben und zu einer schrittweisen Integration Chinas in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge übergegangen wurde.

Die Wirtschaftsentwicklung, die in den letzten 25 Jahren zu einer Verdoppelung der chinesischen Wirtschaftsleistung geführt und den Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung erfolgreich erhöht hat, ist mit starkem regionalen Bezug auf die Küstenregionen im Osten als exportgetriebener Industrialisierungsprozess abgelaufen. Durch diese Konzentration auf die Küstenregionen hat China keine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung erlebt, sondern ist als Wirtschaftsraum von extremen regionalen Disparitäten gekennzeichnet, die auch durch das 1999 initiierte Regierungsprogramm „Entwicklung des Westens“ noch nicht entscheidend verringert werden konnten. In Bezug auf die ökonomische Leistungsfähigkeit, die Kaufkraft, die Infrastrukturausstattung, den technologischen Stand, den Zustrom an Direktinvestitionen und die Einbindung in den Welthandel besteht nach wie vor ein starkes Gefälle zwischen den prosperierenden Gebieten im Osten und dem Hinterland. Zudem bestehen auch erhebliche Divergenzen innerhalb der Wirtschaftsstruktur, denn das Land verfügt neben einem ausgedehnten, allerdings sinkenden Billiglohnsektor auch über einige kapital- und technologieintensive Industriezweige.

Problematisch an der Wirtschaftsstruktur ist im ökonomischen Sinne, dass die zur Gewährleistung sozialer Stabilität erforderlichen Angleichungsprozesse zwischen den Regionen letztlich Ressourcen binden werden, die zum Aufschließen der bereits entwickelten Küstenregionen an die global führenden Industrienationen benötigt würden. Gleiches gilt im ökologischen Sinne für alle Maßnahmen, die zur Bekämpfung gravierender entwicklungsbedingter Umweltfolgen und Naturkatastrophen aufgewendet werden müssen. Dem wirtschaftlichen Kreislauf werden Finanzmittel entzogen, die für eine weitere stabile Entwicklung notwendig wären. Insgesamt ist China an dieser Stelle u.E. als durchaus verwundbar einzuschätzen, gleichwohl ist es im Verhältnis zu anderen Ländern des Südens vermutlich besser in der Lage, Umweltkrisen aus eigener Kraft durch eine alternative Allokation von Ressourcen zu managen.

Als grundlegend für die zukünftige positive Entwicklung Chinas wird allgemein ein weiteres hohes Wirtschaftswachstum eingeschätzt. Dabei sind diese ökonomischen Zusammenhänge im heutigen China sensibel, denn einerseits fürchtet die Regierung ein zu schnelles Wachstum und eine Überhitzung der Wirtschaft, gleichzeitig werden Wachstumsraten von über 7% als notwendig erachtet,<sup>79</sup> um einen Zusammenbruch des gesamten Systems zu verhindern und eine Umverteilung und Lenkung von Finanzmitteln in diejenigen Bereiche (sozial, ökologisch, Infrastruktur) zu erlauben, die als jeweils größte Herausforderung bearbeitet werden müssen. Als kritisch ist die Ausbeutung von Umwelt und Ressourcen zu betrachten, die sich insofern von anderen Entwicklungswegen unterscheidet, als sie stärker auf einen globalen Markt gerichtet stattfindet. Chinas Ressourcenverbrauch steigt z.B. drastisch auf Grund der Verlagerung von Produktionsstätten aus aller Welt nach China, für die die notwendigen Energien bereitgestellt werden müssen; d.h. Energieverbrauch und Umweltdegradation sind nicht ausschließlich Resultat eines sich rasch und extrem ausweitenden Binnenmarktes, sondern Ergebnis großdimensionierter weltwirtschaftlicher Nachfrage; insofern erscheint es unlauter, China z.B. für die steigenden Energiepreise verantwortlich zu machen, werden diese

---

<sup>79</sup> Vgl. Anonymous: Out of puff. A Survey of China, in: The Economist, 15.06.2002.

doch u.a. für eine Produktion benötigt, die aus anderen Ländern nach China verlagert wurde und im Auftrag externer Akteure stattfindet. Vor diesem Hintergrund wird auch der Grad der Umweltzerstörung vermutlich die bisher aus anderen Ländern gekannten Ausmaße übersteigen. Insofern können im wirtschaftlichen Sektor Chinas sowohl Problemlösungskapazitäten (positive Folgen des Wirtschaftswachstums) als auch Vulnerabilitäten (Ressourcenknappheit, Überdehnung der Produktionsbasis) gesehen werden.

Dem Ausbau und der Nutzung erneuerbarer Energien kommt in China vor diesem Hintergrund eine große Bedeutung zu und die Chancen dafür sind u.E. positiv einzuschätzen. China nutzt bisher im Wesentlichen drei Arten von Energieträgern: Kohle zu 65%, Öl zu 25% und Wasserkraft zu 7%, Kernenergie und Gas spielen mit ca. 3% eine untergeordnete Rolle. Während China im Kohlebereich auf eigene Ressourcen zurückgreifen kann, müssen ca. 30% der heutigen Ölbedarfs mit steigender Tendenz zu hohen Kosten importiert werden. Die Nutzung von Kohle hat neben dem Problem der CO<sub>2</sub>-Emission (u.a. auch durch schwelende, technisch schwer zu löschende Kohleflöze) auch schwere soziale Konsequenzen, wie z.B. die zahlreichen Grubenunfälle belegen. Eine Umschichtung der Energieträger – weniger Kohle und Öl – ist daher langfristig sinnvoll und politisch gewollt. Wichtiges Hintergrundmotiv hierfür ist auch der Gedanke der Autarkie im Sinne von Energiesicherheit und Unabhängigkeit, der für die chinesische Führung im internationalen Rahmen von grundsätzlichem (traditionellen) Interesse ist. Die Nutzung alternativer Energien könnte außerdem gerade für rückständige Gebiete Chinas eine Option sein. Diese sind aufgrund der Abgelegenheit und geringen Bevölkerungsdichte oftmals nicht an das bisherige Stromnetz angeschlossen. Gerade erneuerbare Energien, die sich in dezentraler Form nutzen lassen, können für diese Regionen eine Alternative darstellen.

Beleg für die Förderung erneuerbarer Energien ist ein diesbzgl. Gesetz, das seit Januar 2006 in Kraft ist und in Anlehnung an das deutsche Vorbild eine Mindestvergütung für Strom aus erneuerbaren Energiequellen garantiert, eine Verpflichtung der Netzbetreiber vorsieht, Strom aus erneuerbaren Energien bevorzugt anzubieten und außerdem die Möglichkeit, die Mehrkosten für derartigen Strom über den Preis an den Verbraucher weiterzugeben. Auch wenn genauere Einzelregelungen noch fehlen, ist mit diesem Gesetz ein Anstoß in Richtung alternativer Energien gegeben worden. Chinesische Programme zur Nutzung dieser alternativen Energien dürften zudem Unterstützung aus den Industriestaaten erhalten, die im Sinne einer Entlastung des Weltmarktes und positiver Implikationen für die Umwelt ein Interesse an Förderung haben (sollten). Neben diesen positiven Faktoren ist allerdings zu berücksichtigen, dass es bisher keinen klaren politischen Rahmen zur Regelung des gesamten Energiesektors gibt und das frühere Ministerium für Energie aufgelöst wurde. Insofern ist dieser Bereich sowohl konzeptionell als auch institutionell bisher schlecht gerüstet, um neue Strukturen und Inhalte erfolgreich zu implementieren; auch sind potentielle Konflikte zwischen den verschiedenen Akteuren im Energiebereich denkbar, für die Regelungen gefunden werden müssen; gerade die Vertreter erneuerbarer Energien sind dabei oft kleinere Unternehmen mit im Gegensatz zu den etablierten Energieanbietern nur geringen politischen Einflussmöglichkeiten.

Zentral ist außerdem der Aufbau einer Infrastruktur zum Katastrophenschutz und -management. Negative Erfahrungen in den letzten Jahren haben die politische Führung auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die lokale Bürokratie, die oft stark von lokalen unternehmerischen Einnahmen abhängt, dennoch zur Aufdeckung von durch ebendiese Unternehmen verschuldeten Unfällen und Umweltverschmutzung gezwungen werden muss, und dass Notfallpläne bereitstehen müssen, die ein Eingreifen der Behörden regeln. Die Regierung plant daher u.a. neue Regularien zum Krisenmanagement, um die staatlichen

Kapazitäten zur Bewältigung der zunehmenden Anzahl von Chemieunfälle sowie Naturkatastrophen zu erhöhen und die Notfallversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Nach ersten Plänen sollen die Lokalverwaltungen die Zentralregierung innerhalb von 2 Stunden über einen Notfall informieren müssen, eine *task force* soll dann innerhalb von 24 Stunden vor Ort tätig werden und Notfallhilfen innerhalb des gleichen Zeitraumes die Opfer erreichen. Nach spätestens 72 Stunden sollen schließlich Finanzhilfen an die Betroffenen ausgezahlt worden sein.

Das breite Mobilfunknetz (gegenwärtig gibt es ca. 426 Mio. Mobilfunknutzer in China) soll zukünftig verstärkt für Unwetterwarnungen und den Katastrophenschutz durch den Versand von Textnachrichten (sms) genutzt werden. Außerdem soll ein landesweites Monitoringsystem zur Kontrolle von Umweltproblemen aufgebaut werden. Ziel ist eine stärkere Kontrolle lokaler Behörden, die Umweltprobleme und Unfälle allzu häufig zu verschleiern suchen. Zentren in den wichtigsten Städten sollen unabhängig von der lokalen Verwaltung direkt der nationalen Umweltbehörde Bericht erstatten.<sup>80</sup> In einem Pilot-Projekt werden außerdem Unternehmen hinsichtlich ihrer Umweltstandards bewertet und eine Rangliste der schlimmsten Umweltverschmutzer veröffentlicht, um Druck auf die Unternehmen aufzubauen sich mehr für den Umweltschutz einzusetzen.<sup>81</sup> Als Reaktion auf das Unglück am Songhua-Fluss, bei dem vergiftetes Wasser russisches Territorium erreichte, ist z.B. eine grenzüberschreitende Flusskommission zwischen China, der Mongolei und Russland geplant. Sie soll sich um Fragen der Abwasserentsorgung kümmern und so zu einer Reduzierung der eingeleiteten Schadstoffe beitragen.

Die geschilderten Maßnahmen unterstreichen sowohl die staatliche Lernkapazität und auch grenzüberschreitende Problembearbeitungsbereitschaft als auch eine gewisse Kreativität in der Erprobung von Alternativen. Sie deuten aber auch darauf hin, dass noch viele Schwierigkeiten auf Grund von bürokratischen Hürden und der weitverbreiteten Korruption bestehen, die zahlreiche zentralstaatliche Initiativen behindern; außerdem ist der Anteil an NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen mit Engagement in allen Bereichen sehr gering, was letztlich den Staat als „Hauptproblemlöser“ fordert und belastet.<sup>82</sup>

### 3. Diagnose: Krisenland China?

Bereits heute steht China wie dargestellt vor zahlreichen ökologischen Herausforderungen, die sich in den kommenden Jahrzehnten verschärfen werden. Drei zentrale Spannungsfelder müssen u.E. als besondere Herausforderungen und potentiell sicherheitsrelevante Konfliktbereiche, d.h. als systemische Schwachpunkte mit Destabilisierungspotential in der Zukunft, gesehen werden.

#### a) Spannungsfeld Nord-Süd: Wasser

Die Folgen der Umweltveränderungen (Klimawandel) werden sich innerhalb Chinas zwischen den nördlichen und südlichen Regionen als sehr unterschiedlich erweisen und um das Thema Wassermanagement kreisen. Während der Süden mit einer Zunahme an Flutkatastrophen, Unwettern, Stürmen und Erdbeben konfrontiert sein wird, wird die zentrale Problematik im Norden in Wasserknappheit, Regenmangel und Dürrekatastrophen liegen. Damit werden die Umweltprobleme sehr unterschiedliche Anforderungen an die Entwicklung von Adaptationsformen stellen und staatliche Stellen werden verschiedene Konzepte der

---

<sup>80</sup> Vgl. Asia News 01.08.2006 ([www.asianews.it/view.php?1=en&art=6851](http://www.asianews.it/view.php?1=en&art=6851)) (Zugriff: 02.08.2006).

<sup>81</sup> Vgl. Bremner, 2006.

<sup>82</sup> Vgl. Asia News 05.07.2006 ([www.asianews.it/view.php?1=en&art=6613](http://www.asianews.it/view.php?1=en&art=6613)) (Zugriff: 20.07.2006).

Problembearbeitung und des Krisenmanagement entwickeln und implementieren müssen, was sowohl in konzeptueller als auch in finanzieller Hinsicht eine große Herausforderung werden dürfte.

Für Gesamtchina wird die Wasserfrage von Bedeutung sein, denn das Land verfügt im globalen Vergleich in Relation zum Bevölkerungswachstum über zu wenig Frischwasserreserven.<sup>83</sup> Neben dem Management der optimalen Wassermengen wird China vor dem Problem stehen, in die Wasseraufbereitung und Flussreinigung zu investieren. Dies wird finanzielle Ressourcen binden, die an anderer Stelle, z.B. im sozialen Bereich fehlen werden. Da die Grundwasserspiegel rasch sinken, wäre neben der Aufbereitung für viele Regionen ein Zukauf von Wasser eine alternative Option, die ebenso mit erheblichen Kosten verbunden wie konfliktträchtig sein kann.

#### b) Spannungsfeld Stadt-Land: Migration

China ist gekennzeichnet von starken Stadt-Land-Gegensätzen, die sich ökonomisch, ökologisch und sozial niederschlagen und auch als Ost-West-Gegensatz (Küstenprovinzen vs. Zentralchina) gedeutet werden können. Neben Einkommensdisparitäten, Unterschieden hinsichtlich Lebensqualität und -chancen und einem unterschiedlichen Niveau staatlicher Investitionen in zahlreichen Politikfeldern, liegen wesentliche Unterschiede auch in der Verteilung ökologischer Lasten. Die Landbewohner partizipieren an den ökonomischen Erfolgen Chinas nicht in gleicher Weise wie die Stadtbevölkerung, tragen in einer Art Ökoimperialismus jedoch die ökologischen Hauptlasten. Abwässer werden statt über Kläranlagen gereinigt in ländliche Gebiete abgeleitet, saubere Brennstoffe wie Gas werden den Großstädten bereitgestellt, während die Landbevölkerung auf Kohle angewiesen ist. Der Niederschlag der künstlich über Beijing zum Abregnen gebrachten Wolken fehlt im verdörrenden ländlichen Umland<sup>84</sup> und die städtischen Gebiete entlasten sich von ökologisch problematischen Industrieanlagen durch Verlagerung in das Um- und Hinterland. Im Jahr 2005 z.B. wurde der Stahlkonzern Shougang angewiesen, seine Produktion von Beijing in andere Regionen zu verlagern.<sup>85</sup> Neben gravierenden gesundheitlichen Problemen u.a. durch die allorts hohe Luftbelastung wirkt sich die Verschmutzung der ländlichen Böden und Gewässer z.B. durch übermäßigen Pestizideinsatz und Chemieunfälle negativ auf die landwirtschaftliche Produktion und das Einkommensniveau aus. Die Regelung der aus diesen vielfältigen Formen der Benachteiligung resultierenden Migration wird eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten sein, die auch das Problem der erfolgreichen Bekämpfung von Infektionskrankheiten erheblich verschärfen wird. Neben der Kontrolle von Infektionskrankheiten wird die Behandlung von Umwelterkrankungen Kapazitäten im Gesundheitsbereich binden.

#### c) Spannungsfeld Zentrale-Lokalverwaltungen: Steuerungskapazität

Wie oben dargestellt ist das politische System durch die vertikale Aufgliederung und Beteiligung von einer Vielzahl an Akteuren mit verschiedenen Eigeninteressen gekennzeichnet. Derartige Strukturen erschweren auf vielfältige Weise die landesweite Durchsetzung von Politiken, Gesetzen und Mindeststandards bzw. konterkarieren oftmals nationale Bemühungen im Bereich Umweltschutz geradezu. In dieser Hinsicht steht China vor großen institutionellen Herausforderungen, deren Bewältigung für das weitere Schicksal des politischen Systems sowie der Lösung der drängenden Umweltprobleme relevant sein wird.

---

<sup>83</sup> Vgl. World Watch Institute 2006 ([www.worldwatch.org](http://www.worldwatch.org)).

<sup>84</sup> Für Daten zum künstlichen Regen vgl. Chinese Meteorological Association ([www.cma.gov.cn](http://www.cma.gov.cn)); „Regendiebstahl“ führt zwischen den betroffenen chinesischen Regionen gelegentlich zu Konflikten und klare Richtlinien werden hierzu gefordert, vgl. Watts 2004.

<sup>85</sup> Vgl. Bremner 2006.

Gleichwohl hat dieses fragmentierte System auch Vorteile, da es Freiräume für die lokal begrenzte Erprobung von Lösungsansätzen bietet. Zudem ist das System flexibel genug institutionelles Lernen zu ermöglichen und so Ideen zu importieren und Lösungsansätze, die sich in anderen Regionen oder Ländern als erfolgreich erwiesen haben, zu implementieren.

**Schaubild 1: Ökologische Herausforderungen bis 2050 und Einflussfaktoren, die für deren Bewältigung relevant sein werden.**



**Legende:**  
 Herausforderungen  
 Einflussfaktoren  
 © Heberer / Senz 2006

### 3.1 Handlungsempfehlungen

Der gegenwärtige, ressourcenzehrende Entwicklungsweg enthält das implizite Versprechen einer Annäherung der Lebensbedingungen in China an das westliche Lebensniveau (-standard) und wird deshalb von der breiten Bevölkerung unterstützt. Viele Menschen träumen z.B. davon, irgendwann ein eigenes Auto fahren zu können, in Urlaub zu fliegen usw. und sind sich der vielfältigen negativen ökologischen Folgen dieser Lebensgewohnheiten nicht bewusst. Daher sollte zum einen die Herausbildung eines Umweltbewusstseins in China gefördert und die institutionell schwache Umweltbehörde SEPA in ihren Bemühungen unterstützt werden. Zum anderen sollte der breite Entwicklungsdiskurs zwischen dem „Westen“ und China anders geführt werden. Aussagen darüber, dass China sich nicht in gleicher Weise wie die westlichen Industriestaaten hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs verhalten könne („nicht jeder Chinese kann ein Auto fahren“),<sup>86</sup> erscheinen wenig geeignet in einen konstruktiven Dialog einzutreten; in China könnte dies langfristig als eine Diskriminierung interpretiert werden, die Ressentiments weckt bzw. ihren Wiederhall bei der Bevölkerung finden werden, weil dem zunehmend selbstbewusster werdenden China die ihm zustehende Rechte vorenthalten werden. Der Dialog sollte daher vielmehr in gleichberechtigte gemeinsame Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung münden; in technischer Hinsicht sollte der Einsatz erneuerbarer Energien gefördert werden ebenso wie Know-how benötigt werden, um die bereits bestehenden Umweltschäden zurückzubilden. Auch im Hinblick auf die Entwicklung institutioneller Arrangements zur Bewältigung von umweltinduzierten Krisen könnte Beratung angeboten werden, für potenzielle Migrationsbewegungen müssen Abkommen und organisatorische Rahmenwerke gefunden werden. Die chinesische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren hier kooperativ gezeigt.<sup>87</sup> Das chinesische System beruht außerdem auf einer gezielten Umverteilung und Umlenkung von Ressourcen (Kapital, Arbeitskräfte, natürliche Ressourcen) und die politische Führung wird weiterhin versuchen, diese dorthin zu dirigieren, wo die drängendsten Transformationsprobleme gemildert werden müssen. Ein gutes diesbzgl. „Ressourcenmanagement“ wird daher von grundlegender Bedeutung für die langsame und friedliche Veränderung / Evolution des chinesischen Systems sein.

Die Bildung regionaler Kooperationen zur gemeinsamen Bekämpfung von Umweltverschmutzung bzw. der Regelung von Umwelt- und Ressourcenfragen ist außerdem eine dringend erforderliche Investition in ein langfristig stabiles regionales Umfeld und sollte unterstützt werden. Hierbei sollte auch berücksichtigt werden, dass zahlreiche Probleme Chinas durch die Integration in den Weltmarkt hervorgerufen werden und westlichen Industriestaaten und Unternehmen damit eine Mitverantwortung für die Umweltprobleme in China zukommt. Hier müsste auch im Westen ein Bewusstsein geschaffen werden, dass China nicht ein globaler Problemverursacher, sondern ein wichtiger Partner ist. Dieser Umdenkungsprozess könnte z.B. in Ideen zu finanziellen Kompensationen für entstandene Umweltschäden münden, die im Sinne einer expliziten Beseitigung von Umweltschäden eingesetzt werden könnten oder in technische Innovationen mit positiven ökologischen Implikationen. Gerade für deutsche Unternehmen böten sich in China diesbzgl. viele Chancen. Die exportorientierte chinesische Wirtschaft wird außerdem bereit sein, Produkte und Produktionsprozesse an geforderte Umweltstandards in den wichtigen Zielländern auszurichten, so dass hier Einflussmöglichkeiten auf ökologisch angemessene Verfahrensweisen gegeben sind.

Insgesamt sehen wir positive Ansätze, die Umweltprobleme in China zu bewältigen, viel wird jedoch von der zeitlichen Abfolge und der Dimension der jeweiligen ökologischen

---

<sup>86</sup> Z.B. World Watch Institute 2006.

<sup>87</sup> Vgl. Omelaniuk 2004.

Herausforderungen abhängen, über die hier aber keine Aussage getroffen werden kann. Solange die chinesische Regierung über die jeweils erforderlichen finanziellen Mindestmöglichkeiten sowie die entscheidende Ordnungs- und Steuerungskapazität verfügt, kann eine Vielzahl der Herausforderungen gemeistert werden. Allerdings ist der Grad der Umweltdegradation so gravierend und verläuft parallel zu vielfältigen insbesondere sozialen Problemen, dass das labile System leicht aus dem derzeitig austariertem Verhältnis geraten kann.

#### 4. Literatur

- Anonymous: Out of puff. A Survey of China, in: *The Economist*, 15.07.2002
- Bechert, Stefanie: *Die VR China in internationalen Umweltregimen*, Münster 1995
- Bremner, Brian: *The Dirty Secret of China's Economy*, in: *Business Week*, 16.07.2006
- Buzan, Barry/Foot, Rosemary (eds.): *Does China matter? A Reassessment in the memory of Gerald Segal*, London: Routledge, 2004
- Chan, Gerald: *Is China a "Responsible" State? An Assessment from the Point of View of International Engagements*, in: Cheng, Joseph (ed.), *China's Challenges in the Twenty-first Century*, Hong Kong: City University of Hong Kong Press, 2003, S.217-245
- Chang, Gordon: *The Coming Collapse of China*. New York: Random House, 2001
- Dai, Yande/Zhu, Yuezhong: *China's energy demand scenarios to 2020: impact analysis of policy options on China's future energy demand*, in: *International Journal of Global Energy Issues*, Vol. 24, No.3 (2005), S.131-143
- de Graaf, Jan: *Marktwirtschaftliche Reformen im Umweltrecht der VR China*, Hamburg 2005
- Department for Environment, Food and Rural Affairs (ed.): *Investigating the Impacts of Climate Change on Chinese Agriculture*, London 2003  
([www.defra.gov.uk/environment/climatechange/chinareport/china-climatechange.pdf](http://www.defra.gov.uk/environment/climatechange/chinareport/china-climatechange.pdf))  
(Zugriff: 22.10.2005)
- Ding, X.L.: *The Challenge of Managing a Huge Society under Rapid Transformation*, in: Wong, John/Zheng, Yongnian (eds.): *China's Post-Jiang Leadership Succession, Problems and Perspectives*. Singapore: Singapore Univ. Press, 2002, S.189-213
- Dupont, Alan: *East Asia Imperilled, Transnational Challenges to Security*, Cambridge et al. 2001
- Economy, Elizabeth: *The River Runs Black: The Environmental Challenge to China's Future*, Ithaca, New York 2006
- Fan, Jie/Heberer, Thomas/Taubmann, Wolfgang: *Rural China's Economic and Social Change in the Late Twentieth Century*, Armonk/London 2006
- Feng, Jianlin: *Income Disparities in China: A Review of Chinese Studies*, in: OECD (ed.), *Income Disparities in China. An OECD Perspective*, Paris: OECD, 2004, S.27-47
- Fewsmith, John: *China and the Politics of SARS*, in: *Current History*, Vol.102, No.665, 2003, S.250-255
- Forney, Matthew: *China's Failing Health System*, in: *Time*, 12.05.2003
- Garnett, Sherman: *Challenges of the Sino-Russian Strategic Partnership*, In: *The Washington Quarterly*, Vol.24, No.4 (2001), S.41-54
- Gelbras, Vilya: *Chinese Migration in Russia*, in: *Russia in Global Affairs*, No.2, 2005  
(<http://eng.globalaffairs.ru/numbers/11/916.html>) (Zugriff: 18.05.2005)
- Han, Wenxiu: *The Evolution of Income Distribution Disparities in China since the Reform and Opening-Up*, in: OECD (ed.), *Income Disparities in China. An OECD Perspective*, Paris 2004, S. 9-25
- Heberer, Thomas: *Die Nationalitätenfrage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Konfliktursachen, ethnische Reaktionen, Lösungsansätze und Konfliktprävention*, in: Schubert, Gunter (Hg.),

- China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, Hamburg 2001, S.81-134
- Heberer, Thomas: Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas, Hg., Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan, Opladen 2003a, S.19-122
- Heberer, Thomas: Die Reorganisation städtischer Wohnviertel im Lichte kommunitaristischer und partizipativer Vorstellungen, in: China aktuell, Oktober 2003b, S.1223-1240
- Heberer, Thomas/Jakobi, Sabine: Henan as a Model: From Hegemonism to Fragmentism, in: Fitzgerald, John (Hrsg.): Rethinking China's Provinces, London und New York 2002, S. 89-124
- Heberer, Thomas/Senz, Anja D.: Die Rolle Chinas in der internationalen Politik, innen- und außenpolitische Handlungspotenziale, (Discussion Paper No.3), Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 2006
- Ho, Peter: Greening without Conflict? Environmentalism, NGOs and Civil Society in China, in: Development & Change, Vol. 32/2001, S.893-921
- Huang, Yanzhong: The Politics of HIV/AIDS in China, in: Asian Perspective, Vol.30, No.1, 2006, S.95-125
- Jun, Jing: Environmental Protest in Rural China, in: Perry, Elisabeth/Selden, Marc (ed.): Chinese Society: Change, Conflict and Resistance, London, New York 2000, S.143-160
- Kaplinsky, Raphael: Is globalization all it is cracked up to be?, in: Review of International Political Economy, Vol.8, No.1 (2001), S.45-65
- Klein, Susanne: Umweltschutz in China, Frankfurt/M. et al.: Peter Lang 2004
- Lew, Roland: Der lange Marsch der Bauern in die Stadt, in: Le Monde diplomatique Nr. 6323, (15. Dez. 2000) S. 6-7
- Li, Peilin: Zhongguo jingji shehui fazhan de wenti he yueshi (Probleme und Trends der ökonomischen und sozialen Entwicklung Chinas), in: Ru Xin et al., Hg., Shehui lanpishu 2004 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2004: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Beijing 2004, S. 71-78
- Lincoln, Toby: Sustainable Development and Corporate Social Responsibility in China, in: China Brief, Vol.4, No.21, 2004, S.7-9
- Lo, Carlos Wing-Hung/Chung, Shan-Shan: China's Green Challenges in the Twenty-first Century, in: Cheng, Joseph (ed.), China's Challenges in the Twenty-first Century, Hong Kong 2003, S.719-760
- Lo, Carlos Wing-Hung/Leung, Sai Wing: Environmental Agency and Public Opinion in Guangzhou: The Links of a Popular Approach to Environmental Governance, in: The China Quarterly, No. 163, 2000, S.677-704
- Ma, Jun: China's Water Crisis. Berkeley: International Rivers Network, 2004
- Ma, Rong: Minzu shehuixue. Shehuixue de zuqun guanxi yanjiu (Ethnosozologie. Studien zu soziologischen Ethnizitätsbeziehungen), Peking 2004
- Magee, Darrin: Powershed Politics: Yunnan Hydropower under Great Western Development, in: The China Quarterly, No. 185 (2006), S. 23-41
- OECD (ed.), Income Disparities in China. Paris 2004
- Okamoto, Nobuhiro/Ihara, Takeo: Spatial Structure and Regional Development in China: Interregional Input-Output Approach, Houndmills et al. 2005
- Omelaniuk, Irena: Best Practices to Manage Migration: China, ([http://migration.ucdavis.edu/ceme/more.php?id=149\\_0\\_6\\_0](http://migration.ucdavis.edu/ceme/more.php?id=149_0_6_0)), (Zugriff: 01.08.2006)
- Schucher, Günter: China hat 1,3 Mrd. Einwohner, in: China Aktuell, 1/2005, S.24-26
- Schüller, Margot: Chinas Landwirtschaft, Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt, in: China aktuell, 33.Jg., 4/2004, S.515-527

- Schüller, Margot: Wirtschaftsmacht China, in: Die politische Meinung, 50.Jg., Nr.423 (Feb.2005), S.41-47
- Shapiro, Judith: Mao's War Against Nature, Cambridge et al.: Cambridge University Press, 2001
- Sit, Victor Fung-shuen (Hg.): China's regional disparities, Huntingdon 2001
- Stalley, Phillip/Yang, Dongning: An Emerging Environmental Movement in China, in: The China Quarterly, 186, June 2006, S. 333-356
- Sternfeld, Eva/Graf v. Waldersee, Christoph: Die Lage der Umwelt in China, in: Internationale Politik, vol. 60, Dezember, No. 12/05, S. 52-64
- Tang, Wenfang: Public Opinion and Political Change in China, Stanford 2005
- Taube, Markus: Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft: Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zum *Global Player*, in: Schüller, Margot: Strukturwandel in den deutsch-chinesischen Beziehungen – Analysen und Praxisberichte. Hamburg: Institut für Asienkunde, 2003, S.24-55
- Wang, Fenyu/Zhao, Yandong: Xibu 11 sheng (shi, qu) chengxiang jumin shenghuo zhuangkuang diaocha (Untersuchung über die Lebenssituation der Stadt- und Landbewohner in 11 Provinzen (regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Gebieten) Westchinas, in: Ru Xin et al. (Hg.): Shehui lanpishu 2006 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2006: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Beijing 2005, S. 17-35
- Wang, Jianquan: Riverside Village Counts Cancer Cases, in: China Daily, 19.10.2004
- Watts, Jonathan: Cities Fall Out Over Cloud, in The Gardian, 15.07.2004 (<http://www.guardian.co.uk/china/story/0,7369,1261697,00.html>) (Zugriff: 15.08.2006)
- Wen, Dale: Wie China die Globalisierung bewältigt, Focus Asien Nr.28, Schriftenreihe des Asienhauses, Essen 2006
- Weng, Jieming/Zhang, Tao/Qu, Kemin et al. (Hg.): 1995-1996 nian Zhongguo fazhan zhuangkuang yu yueshi (Lage und Trends in der Entwicklung Chinas in den Jahren 1995 und 1996), Peking 1995
- Wong, Tongsan/Zhang, Tao: Three Dimensions of Rural Issues and Policy Options, in: Wong, John/Zheng, Yongnian (eds.): China's Post-Jiang Leadership Succession, Problems and Perspectives. Singapore: Singapore Univ. Press, 2002, S.215-230
- Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.) (1999): The Developmental State, Ithaca und London
- World Watch Institute (ed.): State of the World 2006, China and India hold World in Balance, 2006 ([www.worldwatch.org](http://www.worldwatch.org))
- Wu, Junjie/Zhang, Hong et al. (Hg): Zhongguo goujian hexie shehui wenti baogao (Bericht über den Aufbau einer harmonischen Gesellschaft in China), Beijing 2005.
- Yan, Shihui: Jianshe ziyuan jieyue he huanjing youhaoxing shehui (Eine energiesparende und umweltfreundliche Gesellschaft schaffen), in: Ru Xin et al. (Hg.): Shehui lanpishu 2006 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2006: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Beijing 2005, S. 176-192
- Yan, Zheng (Hg.): Zhongguo chengshi fazhan wenti baogao (China City Development Issue Report), Beijing 2004.
- Yang, Dali: China's Looming Labor Shortage, in: Far Eastern Economic Review, Vol.168, No.2 (Jan.2005), S.19-24
- Ye, Guangping: Guanyu zujin cheng xiang xietiao fazhan de ji ge sikao (Überlegungen zur Koordination der Entwicklung zwischen Stadt und Land), in: Nongye Jingji Wenti (Fragen der Agrarwirtschaft), 1/2004, S.14-18
- Yin, Yanlin: Disparities between Urban and Rural Areas and Among Different Regions in China, in: OECD (ed.), Income Disparities in China. An OECD Perspective, Paris: OECD, 2004, S.49-63

Zhongguo kechixu fazhan zhanlüe baogao (Bericht über die Strategie nachhaltiger Entwicklung in China), Beijing 2002, 2003 und 2004  
Zhongguo tongji nianjian 2003 (Chinesisches Statistisches Jahrbuch 2003), Beijing 2003  
Zhongguo tongji nianjian 2005 (Chinesisches Statistisches Jahrbuch 2005), Beijing 2005  
Zweig, David/Bi, Jianhai: China's Global Hunt for Energy, in: Foreign Affairs, Vol. 84 No.5 (2005), S.25-38